

Nachrichten - Fakten - Hintergründe

Information Orthodoxie



In dieser Ausgabe

Ö S T E R R E I C H

Bischofsvikar Dura plädiert für Rückkehr zu einfacherem Lebensstil

Gottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen gemeinsam mit den Umweltbeauftragten der Katholischen und Evangelischen Kirche Österreichs sowie den "Religions for Future" in der Wiener Jesuitenkirche - Kirchen betonen gemeinsame Verantwortung für die Schöpfung

Metropolit: Überlebenswille der Orient-Christen vorbildhaft

Antiochenischer Metropolit Isaak (Barakat) in Beitrag für Magazin "Information Christlicher Orient" über dramatische Situation für Christen in vielen Ländern des Nahen Ostens und Herausforderungen in der Diaspora

I N T E R N A T I O N A L

Moldaus Präsidentin warnt vor Wirken prorussischer Kirche

Sandu ortet vor "Schicksalswahl" massive russische Einflussnahme auf orthodoxe Kirchen und kritisiert aggressive Propaganda im Ukrainekrieg - Kirche stellt Europa als Hort des Bösen dar

Machtkampf um Sinai-Kloster scheint beendet

Abt trat zurück und wurde von der griechischen Regierung ausgeflogen

H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

"Respekt vor der Schöpfung und dem Menschen"

Wortlaut des Hirtenbriefs von Patriarch Bartholomaios I. zum Tag der Bewahrung der Schöpfung

Information Orthodoxie - Ein **kathpress** - Produkt
in Kooperation mit der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich und den
Stiftungen "Living Together" und "Pro Oriente".

Ö S T E R R E I C H

Bischofsvikar Dura plädiert für Rückkehr zu einfacherem Lebensstil	3
Metropolit: Überlebenswille der Orient-Christen vorbildhaft	4
Theologe Winkler: Kirchen können Brückenbauer oder Brandstifter sein	5
Ökumenischer Rat: Leid im Heiligen Land schreit zum Himmel	7

A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

September: Kirchen starten in die "Schöpfungszeit"	8
---	----------

I N T E R N A T I O N A L

Patriarch Bartholomaios warnt vor ökologischer Katastrophe	9
Kiew treibt Verbot ukrainischer Kirche voran	10
Ukrainische Kirchenführer bitten Papst Leo XIV. um Hilfe	11
Moldaus Präsidentin warnt vor Wirken prorussischer Kirche	11
Weitere Eskalationen im Konflikt um orthodoxes Sinai-Kloster	12
Machtkampf um Sinai-Kloster scheint beendet	14
Jerusalemer Stadtverwaltung gab kirchliche Bankkonten wieder frei	14
Istanbul: Treffen der Patriarchen Bartholomaios I. und Afrem II.	15
Franziskaner bestürzt über Lage in Gaza	15
Papst leitet großes ökumenisches Gedenken für moderne Märtyrer	16

H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

Sinai: Dunkle Schatten über dem orthodoxen Katharinenkloster	17
Brückenbauer oder Brandstifter - Die Rolle der Kirchen in Konflikten	19
"Respekt vor der Schöpfung und dem Menschen"	29

Ö S T E R R E I C H

Bischofsvikar Dura plädiert für Rückkehr zu einfacherem Lebensstil

Gottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen gemeinsam mit den Umweltbeauftragten der Katholischen und Evangelischen Kirche Österreichs sowie den "Religions for Future" in der Wiener Jesuitenkirche - Kirchen betonen gemeinsame Verantwortung für die Schöpfung

Wien, 05.09.2025 (KAP) Unter dem Motto "Gemeinsame Verantwortung für die Schöpfung" stand am Freitagnachmittag (5. September) in der Wiener Jesuitenkirche der diesjährige Gottesdienst zur Schöpfungszeit des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ), der gemeinsam mit den Umweltbeauftragten der Katholischen und Evangelischen Kirche Österreichs sowie Vertreterinnen und Vertretern der "Religions for Future" stattfand.

Dem Gottesdienst standen der Wiener katholische Weihbischof Stephan Turnovszky, die methodistische Pastorin Esther Handschin und der rumänisch-orthodoxe Bischofsvikar Nicolae Dura vor. Inhaltlich stand die vor zehn Jahren veröffentlichte Umwelt- und Sozial-Enzyklika "Laudato si" von Papst Franziskus (2013-2025) im Mittelpunkt. Bischofsvikar Dura plädierte in seinen Ausführungen für die Rückkehr zu einem einfacheren Lebensstil.

Drei zentrale Passagen aus der Enzyklika "Laudato si" bildeten das Gerüst des Gottesdienstes: die päpstliche Kritik an Vorstellungen eines grenzenlosen Wachstums, die spirituelle Einsicht, dass weniger mehr ist, und die Erkenntnis, dass alles miteinander verbunden ist. Weihbischof Turnovszky rief in seinen Gedanken dazu auf, dieser in der Liebe Gottes zu allen Menschen und allen Geschöpfen gründende Verbundenheit aufmerksam nachzuspüren. Jeder Mensch auf Erden sei Ausdruck der Liebe Gottes. Wenn man das ernst nimmt, bewahre es davor, Menschen nach bestimmten Kategorien einzuteilen, "denn jede und jeder ist eine Knospe an der Wirklichkeit Gottes".

"Wir besitzen nicht, was uns anvertraut wurde"

Die Bibel leite mit ihren Geboten und Geschichten in vielfältiger Weise zu einem guten menschlichen Miteinander an, so Pastorin Handschin in ihrem Impuls. Die Haltung, alles nur für sich selbst haben zu wollen, zerstöre hingegen die Lebensgrundlage aller. Die biblische Perspektive sei klar: "Wir sind die Verwalterinnen und Ver-

walter. Wir besitzen nicht, was uns anvertraut wurde." Es gehe vielmehr um eine fürsorgliche Haltung innerhalb der menschlichen Gemeinschaft für alles Leben auf der Erde.

In die gleiche Kerbe schlug auch Bischofsvikar Dura. Die Trennung von Gott führe zu einer besitzergreifenden und ausbeuterischen Haltung und Verhaltensweise gegenüber der Schöpfung und den Mitmenschen. Das Leben in Christus sei hingegen die Quelle von Umweltbewusstsein und philanthropischem Handeln. Wer ein Verbrechen gegen die Natur begeht, versündige sich auch gegen sich selbst und gegen Gott. Eindringlich plädierte Dura zu einer Rückkehr zu einem einfacheren Lebensstil: "Weniger Ego, mehr Christus in uns. Weniger Ablenkung, mehr Gottesnähe. Weniger Besitz, mehr Freiheit für Gott. Weniger Worte, mehr Gebet."

"Die Zukunft des Lebens auf der Erde werde entweder ökologisch und friedlich sein, oder es wird kein Leben mehr geben", zitierte Dura zudem den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I.

Auch ein Vertreter des Buddhismus sprach bei dem Gottesdienst Gedanken der Verbundenheit. Die Teilnehmenden beteten u.a. das in "Laudato si" enthaltene interreligiöse "Gebet für die Erde".

"Sorge für das gemeinsame Haus"

Am 18. Juni 2015 veröffentlichte Papst Franziskus die Enzyklika "Laudato si - Über die Sorge für das gemeinsame Haus". Mit dem Lehrschreiben wandte er sich nicht nur an die Gläubigen, sondern an "alle Menschen guten Willens". Die Enzyklika thematisiert die aktuellen ökologischen und sozialen Krisen in großer Deutlichkeit und fordert eine ganzheitliche Ökologie, die Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und Spiritualität zusammen denkt.

Laudato si wurde weltweit beachtet, politisch wie religiös diskutiert und hat zahlreiche Prozesse in Kirche, Zivilgesellschaft und Politik

angestoßen. Der Begriff der "ökologischen Umkehr" ist seither zu einem Leitmotiv kirchlicher Umweltschutzarbeit geworden. Franziskus hatte in seinem Schreiben dafür plädiert - konkret für eine "kulturelle Revolution" im Umgang mit Natur und Mitmenschen, die sich nicht in technischen Lösungen erschöpfen dürfe, sondern auf innerer Umkehr und einer neuen Lebensweise beruhe.

Schöpfungszeit bis 4. Oktober

Seit 2015 ist der ökumenisch begangene "Schöpfungstag" am 1. September offiziell als "Weltgebetstag für die Schöpfung" im katholischen Kalender eingetragen. Bereits 1989 hatte der damalige Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Dimitrios I., "die ganze orthodoxe und christliche Welt" eingeladen, am 1. September "zum Schöpfer der Welt zu beten: mit Dankgebeten für die große Gabe der geschaffenen Welt und mit Bittgebeten für ihren Schutz und für ihre

Erlösung". Diese Initiative wurde 1992 von der gesamten orthodoxen Kirche begrüßt und übernommen, katholische und evangelische Ortskirchen folgten.

2007 weitete die dritte Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu/Hermannstadt (Rumänien) dies aus und empfahl, "dass der Zeitraum zwischen dem 1. September und dem 4. Oktober dem Gebet für den Schutz der Schöpfung und der Förderung eines nachhaltigen Lebensstils gewidmet wird, um den Klimawandel aufzuhalten".

Als besondere kirchliche Mahner für mehr Schöpfungsverantwortung gelten Papst Franziskus und Patriarch Bartholomaios I., der Nachfolger von Dimitrios auf dem Patriarchensitz in Konstantinopel. Nicht zufällig hat Franziskus in seiner Enzyklika "Laudato si" den "grünen Patriarchen" als Vorbild hervorgehoben.

Metropolit: Überlebenswille der Orient-Christen vorbildhaft

Antiochenischer Metropolit Isaak (Barakat) in Beitrag für Magazin "Information Christlicher Orient" über dramatische Situation für Christen in vielen Ländern des Nahen Ostens und Herausforderungen in der Diaspora

Linz, 09.09.2025 (KAP) Der für Österreich zuständige orthodoxe Metropolit Isaak (Barakat) hat zur verstärkten Solidarität mit den Christinnen und Christen im Nahen Osten aufgerufen. "In einer Zeit, in der Leid, Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit viele Menschen im Nahen Osten und darüber hinaus erschüttern, dürfen wir die Stimme der christlichen Solidarität nicht verstummen lassen", so der Metropolit in einem Beitrag in der aktuellen Ausgabe des Magazins "Information Christlicher Orient". Den Überlebenswillen und die Glaubensstreue der Orient-Christen unter schwierigsten Bedingungen bezeichnete der Metropolit als vorbildhaft. Isaak (Barakat) steht der Erzdiözese von Deutschland und Mitteleuropa des orthodoxen Patriarchats von Antiochien vor, zu der auch Österreich gehört. Sein Amtssitz ist in Köln.

Die Realität der Christen im Orient sei vielfach geprägt von Verfolgung, Vertreibung, Krieg und wirtschaftlicher Not. "Ihre Kirchen sind uralte und doch ist ihre Existenz und ihre Zukunft vielerorts bedroht." Zugleich müsse er auf eine weitere, "schmerzliche und oft überse-

hene" Realität hinweisen: "Auch in Europa, im sogenannten christlichen Abendland, sind unsere orientalischen Gemeinden nicht frei von Herausforderungen." Sei es im Kampf gegen Gleichgültigkeit oder im Ringen um Identität.

Alle Besuche vor Ort, die Unterstützung der Gemeinden und das beständige Zeugnis für die bedrängten Christen des Ostens würden aber Hoffnung geben. Sie zeigten: "Wir sind als Christen nicht allein. Der mystische Leib Christi kennt keine nationalen oder konfessionellen Grenzen, wo ein Glied leidet, leiden alle mit." Gerade in der orthodoxen Tradition verstehe man die Kirche nicht als Institution, sondern als lebendige Gemeinschaft, als Leib Christi. "Diese Gemeinschaft lebt im Gebet, in der Liturgie, in der gegenseitigen Fürsorge", so der Metropolit und weiter: "Wenn unsere Brüder und Schwestern im Irak, in Syrien oder in der Türkei durch Spenden, persönliche Begegnungen oder einfach durch das Teilen ihres Leids gestärkt werden, wird der Glaube zur lebendigen Realität."

Die Orthodoxie trage eine tiefe spirituelle Kraft in sich, "eine Kraft des Überlebens, der

Hoffnung und der Treue zu Christus, auch unter schwersten Bedingungen". Diese Kraft sei ein Schatz für die gesamte Christenheit. "Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, ihn zu bewahren und zu schützen durch Solidarität, Gebet und tätige Nächstenliebe", betonte Metropolit Isaak.

Österreich: Zwei Gemeinden

In Österreich gibt es zwei etablierte Gemeinden der antiochenischen Kirche: in Wien und in Hall in Tirol. Zwei kleine Gemeinden wurden inzwischen auch in Linz und Salzburg eingerichtet, und eine weitere Gemeinde ist in Graz im Entstehen.

Die Metropolie von Deutschland und Mitteleuropa wird seit 2013 von Metropolit Isaak geleitet. Er ist deshalb auch Mitglied in der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich. Die große Mehrzahl der Gemeinden - 30 an der Zahl - befindet sich in Deutschland. Acht Gemeinden haben eine eigene oder gepachtete Kirche, be-

richtete der Metropolit. Dazu kommt seit einigen Jahren ein Kloster, das in einem ehemaligen katholischen Kloster im kleinen Ort Blankenheim in der Eifel gegründet wurde. In den Niederlanden gibt es aktuell sechs Gemeinden.

Das Patriarchat von Antiochien ist eines der fünf großen altkirchlichen Patriarchate neben Rom, Konstantinopel, Alexandria und Jerusalem. Die Gläubigen des Patriarchats feiern die byzantinische Liturgie meist in arabischer Sprache. Sie leben vorwiegend in Syrien und im Libanon. Es gibt auch Diaspora-Diözesen in den USA, in Lateinamerika und in Westeuropa. Der Sitz des Patriarchen - derzeit Johannes X. - befindet sich in der syrischen Hauptstadt Damaskus. Die Angaben zu den Zahlen der Gläubigen weltweit, die dem Patriarchat zuzurechnen sind, reichen von 750.000 bis 3 Millionen.

Das Magazin "Information Christlicher Orient" wird vom Hilfswerk "Initiative Christlicher Orient" (ICO) herausgegeben. (Infos: www.christlicher-orient.at)

Theologe Winkler: Kirchen können Brückenbauer oder Brandstifter sein

Salzburger Pro Oriente-Vorsitzender Prof. Winkler referierte bei Pro Scientia-Sommerakademie in Horn über Einfluss der Kirchen auf Kriege und Konflikte

St. Pölten, 09.09.2025 (KAP) Der Frage, ob Religionen in Kriegen und Konflikten eher Brückenbauer oder Brandstifter sind, ging der Salzburger Theologe Prof. Dietmar Winkler dieser Tage in seinem Festvortrag bei der Pro Scientia-Sommerakademie in Horn nach. Winkler beschränkte sich in seinen Ausführungen auf das Christentum. Sein Befund: "Christliche Konfessionen sind weder per se Brückenbauer noch automatisch Brandstifter. Ihr Einfluss auf Kriege und Konflikte hängt stets vom historischen, politischen und kulturellen Kontext ab, in dem sie agieren, sowie von der Auslegung theologischer Prinzipien."

Evangelische, orthodoxe und katholische Kirchen hätten sowohl Impulse zur Versöhnung und Friedensstiftung gegeben als auch nationale oder politische Interessen unterstützt. "Brückenbau ist möglich, aber nie garantiert", so Winkler, "die Spannungen zwischen universaler moralischer Verantwortung und politischer Parteinahme bestehen fort, ebenso die Versuchung, Religion zu instrumentalisieren".

Winkler ist Dekan der Theologischen Fakultät an der Universität Salzburg und Vorsit-

zender der Salzburger Pro Oriente-Sektion. Er ging in seinen Ausführungen u.a. auf den Weltkirchenrat (ÖRK), die Orthodoxie und den Vatikan ein. Im Blick auf den Weltkirchenrat konstatierte der Theologe, dass der ÖRK seit der russischen Invasion in der Ukraine vor seiner größten Krise seit dem Ende des Kalten Krieges stehe. Der von der Russisch-orthodoxen Kirche unterstützte "Heilige Krieg" gefährde die ökumenische Einheit massiv.

Winkler: "Angesichts zerstörter Kirchen, gesegneter Waffen und anhaltender Gewalt fordern viele Mitgliedskirchen - vor allem im Westen, aber auch orthodoxe - den Ausschluss der Russischen orthodoxen Kirche. Der Weltkirchenrat hält sie jedoch am Tisch, um Dialog und Verantwortung zu ermöglichen, und bewegt sich damit zwischen institutioneller Neutralität und moralischer Pflicht." Westliche protestantische Kirchen und Ostkirchen versuchten im Rahmen des Weltkirchenrates Brücken zu schlagen - "und scheitern dabei immer wieder". Dennoch gebe es wohl keine Alternative zum Dialog, so Winkler.

Konfliktreiche Orthodoxie

Ausführlich beleuchtete Prof. Winkler die Orthodoxie. Er nannte als positives Beispiel das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, das sich im gesamten 20. Jahrhundert als Brückenbauer zwischen den orthodoxen Kirchen und zu den anderen christlichen Konfessionen hervorgetan habe. Negativ bewertet er dagegen die Rolle der Russisch-orthodoxen Kirche im Angriffskrieg gegen die Ukraine oder die Serbisch-orthodoxe Kirche in ihrem komplexen Verhältnis zur serbischen Regierung und zum Kosovo.

Enttäuscht zeigte sich Winkler etwa im Blick auf die Serbisch-orthodoxe Kirche über Patriarch Porfirije. Mit der Wahl des neuen Patriarchen im Jahr 2021 habe sich zunächst die Hoffnung auf einen gemäßigten Kurs in den Nationalitätenfragen der Region verbunden. "Damals schien ein Brückenbauer an die Spitze der Serbisch-orthodoxen Kirche getreten zu sein - einer, der nationale Identität nicht verleugnet, sie aber in ein universales christliches Bekenntnis einordnet", so Winkler.

Nun jedoch irritiere etwa ein Besuch in Moskau im April 2025, bei dem Patriarch Porfirije sowohl Patriarch Kyrill als auch Präsident Putin traf. Dabei sei die orthodoxe Verbundenheit in pathetischen Worten beschworen worden. Das Treffen habe enormen politischen Charakter gehabt. Besonders bemerkenswert sei Porfirijes Warnung an Putin vor einer vermeintlichen "Farbrevolution" in Serbien gewesen. Die anhaltenden Proteste gegen Präsident Vucic deutete er als westlich gesteuert und bat Russland ausdrücklich um Unterstützung - sowohl in der Kosovo-Frage als auch im Hinblick auf die Republika Srpska.

Damit dränge sich die Frage auf, so Winkler, "ob die Serbisch-orthodoxe Kirche erneut in die Rolle einer ideologischen Stütze eines autoritären Regimes hineinwächst". Porfirije selbst habe den Westbalkan-Friedensprozess in Moskau indirekt delegitimiert, indem er Serbien als "kleines Schiff" im Schutz eines "großen russischen Schiffes" präsentierte. Eine solche Haltung "schwächt den interreligiösen und politischen Dialog und unterminiert die ohnehin fragile Stabilität der Region erheblich", so Winkler.

Besonders schwer tue sich die Serbische Kirche auch mit dem Thema Kosovo. Eine politische Unabhängigkeit des Kosovo komme für sie nicht infrage. Das Amselfeld (Kosovo Polje) sei

bis heute ein mythisch aufgeladener Ort - für die Kirche ebenso wie für das nationale Selbstverständnis der Serben.

Die ideologische Verflechtung von Politik und Kirche zeige sich aber etwa auch im russischen Kulturkampf gegen den Westen: Der Moskauer Patriarch Kyrill propagiere traditionelle Familienwerte, verurteile Liberalismus und Homosexualität und stelle die russische Gesellschaft als Bollwerk gegen einen angeblich dekadenten Westen dar. Winkler: "Patriarch Kyrill hat die Russisch-orthodoxe Kirche in eine gefährliche Abhängigkeit vom Kreml geführt. Die enge Allianz zwischen Religion und Macht stärkt Putins ideologische Legitimation, schwächt aber die Glaubwürdigkeit und Einheit der Orthodoxie - und hinterlässt inmitten des Krieges eine zu tiefst gesplattene Kirche."

Diplomatie des Heiligen Stuhls

Ausführlich analysierte der Salzburger Theologe auch die Diplomatie des Heiligen Stuhls bzw. der Päpste. Im 20. Jahrhundert musste sich die Katholische Kirche angesichts erheblicher Macht- und Territorialverluste neu orientieren. Besonders das Zweite Vatikanische Konzil habe dabei einen Wendepunkt in den Beziehungen zu den anderen christlichen Kirchen, im interreligiösen Dialog und im Verhältnis zu Nicht-Gläubigen markiert. Gleichzeitig sei der Vatikan - nunmehr als machtloser Kleinstaat - auf die internationale Bühne getreten und habe nicht selten eine globale Vermittlerrolle in politischen und diplomatischen Fragen eingenommen.

Seine friedensethische Diplomatie habe den Heiligen Stuhl im Kalten Krieg zu einem glaubwürdigen Vermittler gemacht. Kritik, etwa an Papst Franziskus' vorsichtiger Wortwahl gegenüber Russland im Ukrainekrieg, "lässt sich nur vor diesem historischen Hintergrund angemessen einordnen", so Winkler. Hier müsse man aber auch zugleich die Problematik vatikanischer Brückenfunktion aufzeigen, die Winkler auf zwei Punkte kondensierte.

Erstens zeige sich ein Dilemma der vatikanischen Weltpolitik "darin, dass man den Anspruch hat, neutraler Vermittler mit besonderer globaler moralischer Autorität zu sein, andererseits aber unweigerlich Partei ergreift." Die Geschichte der Katholischen Kirche als Kirche des Weströmischen Reiches bringe es mit sich, "dass man auf der Seite des Westens und seiner Werte steht, die die Katholische Kirche selbst grundle-

gend prägte". Der Heilige Stuhl sehe diese "als göttlich gegeben, überzeitlich und universell, gültig sowohl für den Osten als auch für den Westen".

Zweitens zeigten sich nach dem Ende des Eisernen Vorhangs Schwierigkeiten im Umgang mit der politischen Neuordnung. Polyzentrik und Multilateralität der Welt seien noch nicht hinreichend erkannt worden, so Winkler: "Die Päpste dachten weiterhin in bipolaren Mustern; dies war leichter, da der Konflikt strukturiert war. Johannes Paul II. kam etwa nicht damit zurecht und verstand nicht, dass sich die polni-

sche Bevölkerung nach dem Ende des Kommunismus nicht automatisch der Katholischen Kirche zuwandte, die sie in ihrem Kampf um Freiheit so massiv unterstützte."

Hinzu kämen heute Glaubwürdigkeitsverluste durch Missbrauchsskandale, die das moralische Gewicht der Institution schwächen. Ebenso problematisch sei, "wenn sich die Katholische Kirche zu sehr auf interne Probleme konzentriert, statt gemäß dem Zweiten Vatikanischen Konzil den Dialog mit der Welt und den Religionen zu suchen", so Winkler.

Ökumenischer Rat: Leid im Heiligen Land schreit zum Himmel

Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich zum Gaza-Krieg und zu den Gewalttaten jüdischer Siedler im Westjordanland - Scharfe Verurteilung der zunehmenden antisemitischen Vorfälle in Österreich

Wien, 04.09.2025 (KAP) Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) hat das Leid der Menschen im Heiligen Land einmal mehr scharf verurteilt. Das unvorstellbare Leid schreie zum Himmel, heißt es in der am Donnerstag, 4. September, veröffentlichten Erklärung. Das "menschenverachtende Spiel mit dem Leben von Millionen Menschen" müsse sofort enden. "Wir fordern die Hamas zur unverzüglichen Freilassung der israelischen Geiseln auf und appellieren an die israelische Regierung, das Völkerrecht und die Menschenrechte einzuhalten", hält der ÖRKÖ-Vorstand fest. Ungehindertes Zugang für humanitäre Hilfe sei zudem dringend notwendig, um die Not leidende Zivilbevölkerung zu versorgen.

Eine weitere Eskalation in Gaza führe nur zu noch mehr Leid, Tod, Vertreibung und Hass - aber nicht zu Frieden und Sicherheit, warnt der ÖRKÖ. Die internationale Staatengemeinschaft sei gefordert, entschlossene Schritte zur Beendigung der Gewalt zu setzen. Verantwortung würden sowohl westliche Staaten als auch Staaten im Nahen Osten tragen.

Der ÖRKÖ-Vorstand verurteilt auch die Gewalt jüdischer Siedler im Westjordanland, die

palästinensische Dörfer angreifen, zerstören und Menschen verletzen oder töten. Die israelischen Behörden müssten diesem Treiben ein Ende setzen.

Besondere Sorge müsse den verbliebenen Christinnen und Christen in Gaza, im Westjordanland und in Jerusalem gelten, die unter großem Druck stehen und um ihre Zukunft bangen. Ein Heiliges Land ohne lebendige christliche Gemeinschaften wäre ein Armutszeugnis für die ganze Welt, so der ÖRKÖ.

Abschließend heißt es in der Erklärung wörtlich: "Wir erneuern unsere Forderung nach einem gerechten Frieden, der Israelis und Palästinensern Lebens- und Zukunftsperspektiven eröffnet. Gleichzeitig verurteilen wir die zunehmenden antisemitischen Vorfälle in Österreich und betonen die besondere Verantwortung dieses Landes, Antisemitismus entschieden zu bekämpfen und jüdisches Leben zu schützen." Dem fühle sich auch der ÖRKÖ besonders verpflichtet.

(Website Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich: www.oekumene.at)

A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

September: Kirchen starten in die "Schöpfungszeit"

Kirchliche Schöpfungszeit von 1. September bis 4. Oktober - Schöpfungsgottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen gemeinsam mit den Umweltbeauftragten der Katholischen und Evangelischen Kirche Österreichs sowie den "Religions for Future" am 5. September in der Jesuitenkirche in Wien

Wien, 31.08.2025 (KAP) Die Kirchen in Österreich machen ab Montag, 1. September, wieder auf die Dringlichkeit der Bewahrung der Schöpfung aufmerksam. Bis zum 4. Oktober, dem Fest des Heiligen Franziskus und offiziellen Ende der fünfwöchigen "Schöpfungszeit", finden österreichweit themenbezogene Veranstaltungen und Gottesdienste statt. Der traditionelle Gottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) findet heuer am Freitag, 5. September, um 16 Uhr in der Wiener Jesuitenkirche (Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 1, 1010 Wien) statt. Der ÖRKÖ richtet die Feier in Zusammenarbeit mit den Umweltbeauftragten der Katholischen und Evangelischen Kirche Österreichs sowie den "Religions for Future" aus.

Der Gottesdienst steht unter dem Motto "Gemeinsame Verantwortung für die Schöpfung". Inhaltlich geht es um die vor zehn Jahren veröffentlichte Umwelt- und Sozial-Enzyklika "Laudato si" von Papst Franziskus (2013-2025). Vorstehen werden dem Gottesdienst der Wiener katholische Weihbischof Stephan Turnovszky, die methodistische Pastorin Esther Handschin und der rumänisch-orthodoxe Bischofsvikar Nicolae Dura.

Am 18. Juni 2015 veröffentlichte Papst Franziskus die Enzyklika "Laudato si - Über die Sorge für das gemeinsame Haus". Mit dem Lehrschreiben wandte sich das heuer am Ostermontag verstorbene Kirchenoberhaupt nicht nur an die Gläubigen, sondern an "alle Menschen guten Willens". Die Enzyklika thematisiert die aktuellen ökologischen und sozialen Krisen in großer Deutlichkeit und fordert eine ganzheitliche Ökologie, die Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und Spiritualität zusammen denkt.

Laudato si wurde weltweit beachtet, politisch wie religiös diskutiert und hat zahlreiche Prozesse in Kirche, Zivilgesellschaft und Politik angestoßen. Der Begriff der "ökologischen Umkehr" ist seither zu einem Leitmotiv kirchlicher Umweltarbeit geworden. Franziskus hatte in

seinem Schreiben dafür plädiert - konkret für eine "kulturelle Revolution" im Umgang mit Natur und Mitmenschen, die sich nicht in technischen Lösungen erschöpfen dürfe, sondern auf innerer Umkehr und einer neuen Lebensweise beruhe.

Schöpfungszeit bis 4. Oktober

Seit 2015 ist der ökumenisch begangene "Schöpfungstag" am 1. September offiziell als "Weltgebetstag für die Schöpfung" im katholischen Kalender eingetragen. Bereits 1989 hatte der damalige Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Dimitrios I., "die ganze orthodoxe und christliche Welt" eingeladen, am 1. September "zum Schöpfer der Welt zu beten: mit Dankgebeten für die große Gabe der geschaffenen Welt und mit Bittgebeten für ihren Schutz und für ihre Erlösung". Diese Initiative wurde 1992 von der gesamten orthodoxen Kirche begrüßt und übernommen, katholische und evangelische Ortskirchen folgten.

2007 weitete die dritte Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu/Hermannstadt (Rumänien) dies aus und empfahl, "dass der Zeitraum zwischen dem 1. September und dem 4. Oktober dem Gebet für den Schutz der Schöpfung und der Förderung eines nachhaltigen Lebensstils gewidmet wird, um den Klimawandel aufzuhalten".

Als besondere kirchliche Mahner für mehr Schöpfungsverantwortung gelten Papst Franziskus und Patriarch Bartholomaios I., der Nachfolger von Dimitrios auf dem Patriarchensitz in Konstantinopel. Nicht zufällig hat Franziskus in seiner Enzyklika "Laudato si" den "grünen Patriarchen" als Vorbild hervorgehoben.

(Kathpress-Themenschwerpunkt zur kirchlichen Schöpfungszeit mit weiteren Meldungen abrufbar unter www.kathpress.at/schoepfung)

 I N T E R N A T I O N A L

Patriarch Bartholomaios warnt vor ökologischer Katastrophe

Hirtenbrief von orthodoxem Patriarch von Konstantinopel zum "Tag der Bewahrung der Schöpfung" (1. September) - Zukunft des Lebens auf der Erde wird entweder ökologisch und friedlich sein, oder es wird kein Leben mehr geben

Istanbul, 29.08.2025 (KAP) Die Zukunft des Lebens auf der Erde wird entweder ökologisch und friedlich sein, oder es wird kein Leben mehr geben. Mit diesen deutlichen Worten hat der orthodoxe Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., in seinem Hirtenbrief zum "Tag der Bewahrung der Schöpfung" (1. September) und zum neuen orthodoxen Kirchenjahr eine umfassende ökologische und menschliche Umkehr eingemahnt.

Der Patriarch betont die Untrennbarkeit des Respekts vor der Schöpfung und vor dem Menschen. Insofern hätten die ökologischen und sozialen Probleme eine gemeinsame Wurzel: Die Trennung von Gott führe zu einer besitzergreifenden und ausbeuterischen Haltung und Verhaltensweise gegenüber der Schöpfung und den Mitmenschen, "während das Leben in Christus und nach Christus Quelle von Umweltbewusstsein und philanthropischem Handeln ist", so Bartholomaios.

Der Respekt vor den spirituellen Werten schärfe den Sinn für das Gute und Gebotene. Gleichgültigkeit gegenüber der Transzendenz und der daraus resultierende "Anthropomonismus" führten hingegen dazu, dass der Mensch im Irdischen gefangen sei und seine Freiheit auf pragmatische Entscheidungen beschränkt bleibe, "die stets mit oberflächlichen Sichtweisen und der Gleichsetzung des Guten mit dem gelegentlich Nützlichen verbunden sind".

Der aktuelle Diskurs über "ökologische Umkehr" rufe nicht nur zur Buße für die angeordneten ökologischen Schäden und zu einem radikalen Wandel der Mentalität und des Verhaltens gegenüber der Schöpfung auf, sondern verweise auch auf die Notwendigkeit, die irriige Position zu überwinden, welche die für die natürliche Umwelt zerstörerische "Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft" als einzigen Weg zur Entwicklung vertritt, betont der Patriarch.

Genauso wendet er sich gegen den "naiven Glauben" an die Fähigkeit der Natur, sich

dauerhaft zu regenerieren trotz der anthropogenen Belastungen, wie dem sich verschärfenden Klimawandel und seinen destruktiven Auswirkungen auf den Planeten. Hinzu kämen heute "das laute Kriegsgeschrei, die Bombenangriffe, die Raketen und Explosionen, welche die Stimme der unschuldigen Opfer gnadenloser Gewalt und das Stöhnen der Schöpfung übertönen".

Der Patriarch ruft alle Gläubigen dazu auf, "umweltfreundlich und geschwisterlich zu leben, für die Schöpfung und den Frieden zu beten, sich für die Bewahrung der natürlichen Umwelt und Nachhaltigkeit einzusetzen und für die Etablierung einer Kultur der Solidarität zu arbeiten". Und er fügt hinzu: "Die Anwendung der ökologischen Konsequenzen unseres Glaubens in der Praxis stellt eine entscheidende Dimension unserer orthodoxen Identität dar."

Das Ökumenische Patriarchat wird neben seinem Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität auch weiterhin eine wichtige Rolle im Naturschutz einnehmen, kündigt Bartholomaios an. Man werde das ökologische Problem als zentrales Thema des interchristlichen und interreligiösen Dialogs hervorheben und die Bedeutung christlicher umweltfreundlicher Prinzipien und Traditionen im Rahmen internationaler Institutionen, ökologischer Organisationen, wissenschaftlicher Stiftungen und der Zivilgesellschaft vertreten. Er sei überzeugt, so der Patriarch, "dass die Zusammenarbeit im Bereich der Ökologie das gemeinsame Verantwortungsbewusstsein für den Weg in die Zukunft stärkt und neue positive Perspektiven schafft".

Schöpfungszeit bis 4. Oktober

1989 hat der damalige Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Dimitrios I., "die ganze orthodoxe und christliche Welt" eingeladen, am 1. September "zum Schöpfer der Welt zu beten: mit Dankgebeten für die große Gabe der geschaffenen Welt und mit Bittgebeten für ihren Schutz und für ihre Erlösung". Diese Initiative wurde

1992 von der gesamten orthodoxen Kirche begrüßt und übernommen, katholische und evangelische Ortskirchen folgten.

2007 weitete die dritte Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu/Hermannstadt (Rumänien) dies aus und empfahl, "dass der Zeitraum zwischen dem 1. September und dem 4. Oktober dem Gebet für den Schutz der Schöpfung und der Förderung eines nachhaltigen Lebensstils gewidmet wird, um den Klimawandel aufzuhalten". Seit 2015 ist der ökumenisch begangene "Schöpfungstag" am 1. September offiziell als "Weltgebetstag für die

Schöpfung" im katholischen Kalender eingetragen.

Als besondere kirchliche Mahner für mehr Schöpfungsverantwortung gelten Papst Franziskus und Patriarch Bartholomaios I., der Nachfolger von Dimitrios auf dem Patriarchensitz in Konstantinopel. Nicht zufällig hat Franziskus in seiner Enzyklika "Laudato si" den "grünen Patriarchen" als Vorbild hervorgehoben.

(Kathpress-Themenschwerpunkt zur kirchlichen Schöpfungszeit mit weiteren Meldungen abrufbar unter www.kathpress.at/schoepfung)

Kiew treibt Verbot ukrainischer Kirche voran

Dem ehemaligen Zweig der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine droht wegen vorgeworfener Russlandtreue die Zwangsauflösung. Eine Kiewer Behörde machte nun den Weg frei für ein entsprechendes Gerichtsverfahren. Es gibt jedoch Kritik an der Entscheidung.

Kiew, 29.08.2025 (KAP/KNA) Die für Religionsgemeinschaften zuständige Behörde in Kiew hat einen weiteren Schritt für ein Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) unternommen. Der ukrainische Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit - so heißt die Behörde - stufte nach eigenen Angaben vom Donnerstag, 28. August, die Kiewer Metropole der UOK offiziell als eine Organisation ein, die rechtswidrig mit dem orthodoxen Moskauer Patriarchat verbunden sei. Die Metropole ist der Hauptsitz der ukrainischen Kirche.

Das Kirchenoberhaupt Metropolit Onufrij von Kiew habe sich trotz Aufforderung geweigert, zu belegen, dass sich die Metropole von der in der Ukraine verbotenen russisch-orthodoxen Kirche getrennt habe, begründete die Behörde ihre Entscheidung. Damit verstoße die von Onufrij geleitete Kiewer Metropole gegen das vor einem Jahr verabschiedete "Gesetz über den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung im Tätigkeitsbereich religiöser Organisationen". Die vorgebrachten Anschuldigungen hätten keinen Bezug zur UOK, hatte Onufrij Mitte August erklärt. Wiederholt bekannte er sich zur Verteidigung der Ukraine gegen die russischen Streitkräfte.

Weitreichende Folgen

Für die UOK hat ihre Einstufung durch die Behörde weitreichende Folgen. Die Kirche verliere

das Recht, staatliche und kommunale Immobilien zu mieten, sagte der Direktor des Zentrums für Rechtsstaatlichkeit und Religionswissenschaft der Nationalen Juristischen Universität in Charkiw, Dmytro Wowk, der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). So könnten auch kirchliche Bildungseinrichtungen aus Gebäuden geworfen werden. "Und die Regierung hat jetzt die rechtliche Grundlage, eine Klage vor Gericht zu erheben und die Liquidierung der Metropole zu verlangen", so Wowk. Das Gerichtsverfahren wird nach Ansicht des Rechtsexperten möglicherweise Jahre dauern. Es könne aber auch viel schneller gehen, "wenn es der politische Wille des Präsidialamts ist".

Wowk kritisierte das Vorgehen der Behörde: "Die Vorstellung, dass der Staat religiöse Organisationen verbieten kann, widerspricht den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Ukraine." Die Regierung habe überdies nicht nachgewiesen, dass die UOK "institutionell an illegalen Handlungen beteiligt ist". Es dürfe keine Kirche des russischen Geheimdienstes FSB in der Ukraine geben, fordere die ukrainische Gesellschaft. "Deshalb wird sie als potenzielle fünfte Kolonne Moskaus verboten werden", sagt Wowk voraus. Er ist derzeit Gastprofessor in den USA und seit 2019 Mitglied des Expertengremiums der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für Religions- und Glaubensfreiheit.

Zwei rivalisierende Kirchen

In der Ukraine gibt es zwei große orthodoxe Kirchen: die Ukrainische Orthodoxe Kirche und die dezidiert nationale Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU). Mehr als drei Monate nach der Invasion der russischen Armee hatte sich die UOK Ende Mai 2022 vom Moskauer Patriarchat losgesagt. Sie verurteilte zudem die Rechtfertigung des Angriffskriegs durch den russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I. Die andere Kirche, die OKU, wurde Ende 2018 mit Unterstützung des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I., gegründet. Sie ging wesentlich aus dem Kiewer Patriarchat hervor, das schon Anfang der 1990er Jahre mit Moskau

gebrochen hatte. Die Regierung und Kommunen unterstützen die OKU.

Gerichte verurteilten nach Kiewer Angaben bisher 31 Priester der UOK wegen Landesverrats, Spionage für Russland und Anstiftung zu Feindseligkeiten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj entzog dem Oberhaupt der UOK, Onufrij, Anfang Juli die ukrainische Staatsbürgerschaft. Begründet wurde dies damit, dass der gebürtige Ukrainer Onufrij 2002 die russische Staatsbürgerschaft angenommen und dies gegenüber ukrainischen Behörden verheimlicht habe. Der UOK wurden auch bereits eine Reihe von Gotteshäusern genommen, darunter ein Teil des berühmten Höhlenklosters in Kiew.

Ukrainische Kirchenführer bitten Papst Leo XIV. um Hilfe

Katholisches Kirchenoberhaupt soll sich weiter um Freilassung Kriegsgefangener und deportierter Kinder bemühen - Lob für "konsequente Haltung" für "gerechten Frieden"

Kiew, 28.08.2025 (KAP/KNA) Der Gesamtkrainische Rat der Kirchen und Religionsgemeinschaften hat Papst Leo XIV. gebeten, sich weiter um die Freilassung ukrainischer Kriegsgefangener und nach Russland deportierter ukrainischer Kinder zu bemühen. "Die Inhaftierung Tausender ukrainischer Kriegsgefangener und ziviler Geiseln auf dem Territorium der Russischen Föderation bleibt eines der schmerzhaftesten Probleme", schrieb das Gremium nach eigenen Angaben an den Papst. Russland halte neben ukrainischen Soldaten auch Armeeärzte, Geistliche, Krimtataren und Journalisten fest.

Besonders sensibel sei für die ukrainische Gesellschaft die Zwangsumsiedlung ukrainischer Kinder nach Russland, "wo sie in einer Atmosphäre der Feindseligkeit gegenüber ihrer

nationalen Identität und dem ukrainischen Staat aufwachsen", erklärte der Kirchenrat am Dienstag in Kiew. Ihm gehören die Spitzen der 16 wichtigsten Religionsgemeinschaften der Ukraine an - christliche, jüdische und muslimische.

Das Gremium dankte dem Papst für seine "konsequente Haltung zur Verteidigung eines gerechten Friedens, seine Unterstützung für die Beendigung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und seine Bemühungen, die durch den Krieg verursachten humanitären Probleme in der Ukraine zu lösen". Nach Angaben des ukrainischen Außenministers Andrij Sybiha von Ende Juli hält die Russische Föderation auch mehr 30 als ukrainische Geistliche illegal fest.

Moldaus Präsidentin warnt vor Wirken prorussischer Kirche

Sandu ortet vor "Schicksalswahl" massive russische Einflussnahme auf orthodoxe Kirchen und kritisiert aggressive Propaganda im Ukrainekrieg - Kirche stellt Europa als Hort des Bösen dar

Chisinau/Wien, 28.08.2025 (KAP) Moldaus Präsidentin Maia Sandu hat die Rolle der prorussischen Kirche in ihrem Land im Zusammenhang mit russischer Propaganda scharf kritisiert. "Viele Priester werden von Russland benutzt, um Desinformation zu verbreiten und Ängste zu schüren", sagte sie im Interview mit der Wo-

chenzeitung "Die Furche" und weiteren österreichischen Medien. Besonders problematisch sei, dass die Kirche erfolgreich darin sei, "Europa als Hort des Bösen darzustellen - und Russland als Verteidiger der wahren Werte".

"Ausgerechnet Russland, das jeden Tag unschuldige Menschen tötet, Frauen, Kinder, alte

Menschen! Das kann man nicht verstehen", so Sandu. Ihre Äußerungen fielen vor dem Hintergrund der bevorstehenden Parlamentswahl am 28. September, die sie als "Schicksalswahl" ihres Landes bezeichnete, das seit 2023 EU-Beitrittsverhandlungen führt. EU-Spitzen und auch Österreichs Außenministerin Beate Meinl-Reisinger (Neos) hatten Sandu in den vergangenen Tagen in Chisinau besucht.

Die orthodoxe Kirche in Moldau sei laut Sandu "tief gespalten": Auf der einen Seite steht die Metropole von Bessarabien, die zur rumänisch-orthodoxen Kirche gehört, auf der anderen Seite die russisch beeinflusste moldauische orthodoxe Kirche. Letztere spiele eine zentrale Rolle bei der Verbreitung prorussischer Narrative - etwa im Kontext eines Kulturkampfes um Familien- und LGTBIQ-Rechte, den Moskaus Propaganda bewusst inszeniere.

Sandu warnte darüber hinaus vor massiver russischer Einflussnahme auf Moldau. Russland führe einen "hybriden Krieg" gegen ihr Land, der immer intensiver ausgetragen werde. "Für die bevorstehenden Wahlen und die Demokratie ist das eine große Gefahr", so die Präsidentin. Es gehe darum, ob Moldau weiter den pro-europäischen Weg gehen könne oder "in eine graue Zone zurückkippt, in der uns Russland haben möchte". Mit einer "russisch kontrollierten, ferngesteuerten Regierung" drohe Mol-

dau "zum Spielball und zum Operationsgebiet" im Krieg gegen die benachbarte Ukraine zu werden.

Auch zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine äußerte sich Sandu deutlich. Zwar begrüße sie Bemühungen um Verhandlungen, etwa durch Donald Trump oder europäische Akteure, doch betonte sie: "Ich habe nicht das Gefühl, dass Putin ein Interesse hat, den Krieg zu beenden." Sein Ziel sei es, "die Ukraine nicht als Staat anzuerkennen" und "die nationale Identität des ukrainischen Volkes auszulöschen".

Was ein gerechter Friede sei, müsse "in erster Linie die Ukraine festlegen", unterstrich die Staatspräsidentin. Wichtig sei, dass die regelbasierte Nachkriegsordnung aufrechterhalten bleibe: "Es geht um die Gewähr, dass ein Land nicht einfach die Grenzen anderer Staaten mit Gewalt und Aggression neu zieht."

Die Republik Moldau liegt zwischen Rumänien und der Ukraine und zählt rund 2,4 Millionen Einwohner. Nach ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 entwickelte sich das Land zu einem der ärmsten Europas. 2024 wurde Präsidentin Sandu, die auch für ihre Antikorruptionspolitik bekannt ist, für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Beim Verfassungsreferendum im Oktober 2024 votierten 50,35 Prozent der Bevölkerung für den EU-Kurs.

Weitere Eskalationen im Konflikt um orthodoxes Sinai-Kloster

Abtbischof Damianos hat zwölf oppositionelle Mönche aus dem Kloster geschmissen - Patriarch von Jerusalem verurteilt Vorgehensweise des Abtbischofs und fordert ihn auf, sich vor Bischofsversammlung in Jerusalem zu verantworten

Jerusalem/Kairo, 04.09.2025 (KAP) Der Streit zwischen dem Abtbischof des orthodoxen Katharinenklosters am Sinai, Damianos (Samartzes), und einem großen Teil der Mönche, wird immer undurchsichtiger und eskaliert weiter. Am Dienstag, 2. September, hat der orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III., den Abtbischof in einem Brief direkt angegriffen und ihn aufgefordert, am 8. September in Jerusalem vor einer Bischofsversammlung zu erscheinen und sich für sein Verhalten zu rechtfertigen. Der Abtbischof müsse sich für zahlreiche kirchenrechtliche und weitere Vergehen verantworten. Der Patriarch sprach von einem von Damianos

verursachten Skandal, der sowohl das Kloster als auch die Kirche als ganze betreffe.

Der Patriarch forderte zudem den Abtbischof auf, alle Mönche, die er unrechtmäßig aus dem Kloster geworfen hatte, sofort wieder einzulassen und stattdessen andere Personen, die sich unrechtmäßig vor Ort aufhalten, des Klosters zu verweisen. Die Mönche forderte der Patriarch in einem weiteren offiziellen Schreiben vom gleichen Tag auf, Ruhe zu bewahren und das Klosterleben wieder aufzunehmen.

Am Dienstag waren Verhandlungen zwischen dem Abtbischof und den Mönchen nach langem Hin und Her erfolglos abgebrochen worden. Für die Gespräche waren eigens ein

hochrangiger Politiker aus Athen und der griechische Botschafter in Ägypten in das Kloster gereist. Am 7. September hätte demnach laut Medienberichten bei einer Mönchsversammlung ein neuer Abt gewählt werden sollen. Damianos stimmte dem erst zu, zog seine Zustimmung aber schließlich wieder zurück.

Das Patriarchat von Jerusalem hatte sich schon zwei Tage zuvor ganz auf die Seite der aufsässigen Mönche gestellt, die das Patriarchat im Recht sieht. Wieder einige Tage zuvor (27. August) hatte der Abtbischof eine Videobotschaft veröffentlicht, in der er sich mit der Bitte um Schutz vor Mitbrüdern an Griechenland und Ägypten wandte. Erzbischof Damian erklärte, nach Zusammenstößen im Kloster sei sein Leben in Gefahr. In seinem Appell an die ägyptische Regierung fordert er sogar die Behörden auf, die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern sicherzustellen. Er beschuldigte "putschistische" Mönche, die örtliche Polizei beeinflusst zu haben. Diese blockiere die Versorgung des Klosters.

Unmittelbar danach veröffentlichte der Abt eine weitere Botschaft, der zufolge er am Nachmittag "mit dem Ziel der Versöhnung und des Dialogs mit der kleinen Gruppe rebellischer Mönche, bewaffnet mit Geduld und väterlicher Liebe" zum Kloster gereist sei. Er habe eine Versammlung verhindern wollen, auf der Mönche ohne seine Zustimmung die Verwaltungsvorschriften des Klosters ändern wollten. Dabei sei es zu Handgreiflichkeiten gekommen; einige Mönche hätten das Kloster verlassen oder seien hinausgeworfen worden. Nach diesem Vorfall sei eine Generalversammlung mit den im Kloster verbliebenen Mönchen abgehalten und ein neuer Klosterrat gewählt worden.

Ein völlig anderes Bild zeichneten die oppositionellen Mönche. Auch sie veröffentlichten ein Video der Ereignisse, in dem sie behaupteten, zwölf von ihnen seien gewaltsam außerhalb der Mauern zurückgelassen und gezwungen worden, die Nacht dort zu verbringen. Auch die ägyptische Polizei und Sicherheitskräfte vor dem Kloster hätten vergeblich versucht, ihnen Eintritt zu verschaffen.

Seit langem Spannungen

Spannungen zwischen dem Abtbischof, der sich seit längerer Zeit nicht mehr permanent im Kloster aufhielt, und Teilen der Bruderschaft gab es schon länger. Der Punkt, der das Fass zum Über-

laufen brachte, war laut dem KNA-Hintergrunddienst ein Gesetzentwurf des griechischen Bildungsministeriums, der die Präsenz des Klosters in Griechenland betrifft. Dabei geht es auch um die Verwaltung des nicht unbedeutenden Klostervermögens in Griechenland.

Ende Juli hatte eine Gruppe von Mönchen den 91-jährigen Abt des Katharinenklosters für abgesetzt erklärt und darüber in einem offiziellen Schreiben auch den Jerusalemer Patriarchen Theophilos III. in Kenntnis gesetzt. Der Abt wiederum veröffentlichte ebenfalls eine Erklärung, in der er mit den abtrünnigen Mönchen hart ins Gericht ging. Er sprach von einem unrechtmäßigen Vorgehen bzw. sogar von einem "Putsch" der Mönche, die damit dem Kloster schwer schaden würden. Zudem kündigt der Abt eine Bestrafung seiner Mitbrüder an und appellierte an das Patriarchat von Jerusalem, in der Causa tätig zu werden. Abt Damianos steht dem Kloster seit 52 Jahren vor. Er ist der einzige Mönch mit ägyptischer Staatsbürgerschaft.

Erste Vermittlungsversuche vonseiten des Patriarchats von Jerusalem gab es am 7. August in Athen und am 11./12. August im Sinai-Kloster. Offiziell hieß es anschließend, alle strittigen Fragen sollten gemäß der Satzung auf der bevorstehenden Generalversammlung geprüft und die Entscheidungen im Geiste der Einheit und unter Einhaltung der kirchenrechtlichen Vorgaben getroffen werden. An der genannten Generalversammlung konnten allerdings die oppositionellen, sich vor dem Kloster befindenden Mönche nicht teilnehmen, weswegen der Streit weitergeht.

Bedeutendes orthodoxes Kloster

Das Katharinenkloster besitzt kirchenrechtlich autonomen Status, gehört aber letztendlich zur Jurisdiktion des orthodoxen Patriarchats von Jerusalem. Insofern ist der Patriarch auch oberste Instanz in Streitfragen wie der aktuellen. Theophilos III. bekräftigte in einer Erklärung, dass das Patriarchat von Jerusalem die entsprechenden kirchlichen Verfahren einleiten werde.

Das Katharinenkloster befindet sich in einer schwierigen Situation. Hintergrund ist eine seit 2012 andauernde Auseinandersetzung mit ägyptischen Behörden um Besitzrechte des Klosters am Fuß des Berges, auf dem Mose nach biblischer Überlieferung die Zehn Gebote empfing.

Das von Kaiser Justinian I. (527-565) erbaute Kloster beansprucht seit jeher einen Son-

derstatus. Seine Selbstbezeichnung lautet "Heiliges autonomes königliches St.-Katherinen-Kloster des heiligen, von Gott betretenen Berges

Sinai". Es hat seit 2002 Weltkulturerbe-Status und beherbergt eine einzigartige Sammlung alter Handschriften und Ikonen.

Machtkampf um Sinai-Kloster scheint beendet

Abt trat zurück und wurde von der griechischen Regierung ausgeflogen

Athen, 06.09.2025 (KAP/KNA) Der Machtkampf im traditionsreichen Katharinenkloster im Sinai scheint beendet. Der 90-jährige Abt Damianos willigte offenbar in seinen Amtsverzicht ein und wurde am Samstag, 6. September, von einer griechischen Regierungsdelegation nach Athen begleitet, wie das dortige Außenministerium mitteilte. Vorausgegangen waren monatelange Spannungen und zuletzt gewalttätige Auseinandersetzungen in dem Wüstenkloster, das eine der kostbarsten Sammlungen alter Handschriften und Ikonen beherbergt und zum UNESCO-Welterbe zählt.

Der Vorgang beschäftigte auch die Regierungen in Griechenland und Ägypten und belastete die Beziehungen zwischen den orthodoxen Patriarchaten von Jerusalem und Konstantinopel.

Laut der griechischen Regierung brachte eine Sondermaschine Damianos und neun Mönche am Samstag aus dem Südsinai nach Athen. Geleitet wurde die Mission von der stellvertretenden Außenministerin Alexandra Papadopoulou und dem Staatssekretär für Religionsangelegenheiten Giorgos Kalantzis. Es sei um eine "sichere Aufnahme" des Erzbischofs und griechischer Staatsbürger gegangen. In den nächsten Tagen solle der Prozess der Nachfolge eingeleitet werden, hieß es weiter.

Der Griechisch-Orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III., zu dessen Zuständigkeitsbereich das Katharinenkloster liegt, hatte Damianos für Sonntag zu einer außerordentlichen Sitzung der Kirchenleitung nach Jerusalem einbestellt. Während das Jerusalemer Patriarchat den Abt als abgesetzt ansah, hatte das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel unter Bartholomaios I., dem Ehrenoberhaupt der christlichen Orthodoxie, noch am 29. August Damianos als rechtmäßigen Leiter bestätigt.

Auslöser der Spannungen waren Kritik am Leitungsstil des Abtes und Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich seiner Finanzverwaltung. Zum Hintergrund gehört weiter ein besitzrechtlicher Dissens zwischen dem griechischen Kloster und der ägyptischen Regierung. Der klosterinterne Streit wurde Berichten zufolge auch mit gegenseitigen Aussperrungen und tätlicher Gewalt ausgetragen.

Damianos, am 4. April 1935 in Athen geboren, stand seit Dezember 1973 an der Spitze der Mönchsgemeinschaft im Sinai. In seine Amtszeit fällt die Öffnung der Klosterbibliothek für die wissenschaftliche Forschung und die Digitalisierung der Bestände von unschätzbarem Wert. Ursprünglich gehörte dazu auch der Codex Sinaiticus aus dem 4. Jahrhundert. Er enthält die älteste vollständige Fassung des Neuen Testaments.

Jerusalemer Stadtverwaltung gab kirchliche Bankkonten wieder frei

Orthodoxes Patriarchat von Jerusalem kann wieder Gehälter für Geistliche, Lehrer und Mitarbeiter bezahlen - Vorgegangen war internationaler diplomatischer Druck und gemeinsames Auftreten der Kirchen im Nahen Osten

Jerusalem, 04.09.2025 (KAP/KNA) Die Bankkonten des orthodoxen Patriarchats von Jerusalem wurden laut einem Exklusivbericht der griechischen Kirchennachrichtenagentur Romfea wieder freigegeben. Im laufenden Streit des Patriarchats mit den israelischen Behörden um die Grundsteuer stellt dies einen bedeutenden

Schritt dar. Die Konten waren am 6. August von der Stadtverwaltung Jerusalems wegen nicht gezahlter Grundsteuern, bekannt als Arnona - die israelische Grundsteuer, die in der ganzen Stadt erhoben wird -, eingefroren worden.

Dadurch war das Patriarchat nicht mehr in der Lage, Gehälter für Geistliche, Lehrer und

Mitarbeiter zu bezahlen. Nach bislang vom Patriarchat nicht offiziell bestätigten Informationen von Romfea, habe letztlich intensiver Druck von Generalkonsuln verschiedener Länder zur Freigabe der Konten geführt. Zuletzt waren alle christlichen Kirchen und Gemeinden in Jerusalem in dieser Frage geschlossen aufgetreten.

In den Streit hatte sich zuletzt auch der ökumenische "Kirchenrat des Mittleren Ostens" eingeschaltet. Die Kontenblockade treffe auch die vom Gaza-Krieg und der Gewalt im Westjordanland betroffenen Menschen. Dagegen müssten die internationale Gemeinschaft und ökumenische Organisationen protestieren.

Im Mittelpunkt des Streits steht die Frage, welche kirchlichen Liegenschaften von der Gemeindesteuer befreit sind. Die Stadtverwaltung von Jerusalem vertritt die Ansicht, dass Steuerbefreiungen nur für Liegenschaften gel-

ten, die allein für Gottesdienste und religiösen Unterricht genutzt werden, nicht jedoch für kommerzielle Aktivitäten, die Pilgern dienen.

Das griechisch-orthodoxe Patriarchat beruft sich auf ein Gewohnheitsrecht, das in den Zeiten ottomanischer, britischer, jordanischer und auch israelischer Herrschaft in Jerusalem gegolten habe. Es gehe zurück auf eine 1852 erlassene Zusage Sultan Abdülmecids I. (1823-1861), die seither mehrfach bestätigt worden sei.

Der aktuelle Streit um die Arnona reicht bis ins Jahr 2018 zurück, als Jerusalem begann, Steuernachzahlungen von kirchlichen Grundstücken einzufordern. Eine ähnliche Sperrung in diesem Jahr veranlasste die religiösen Behörden, die Grabeskirche aus Protest für drei Tage zu schließen, woraufhin die Stadtverwaltung erst nach einer Intervention von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu einlenkte.

Istanbul: Treffen der Patriarchen Bartholomaios I. und Afrem II.

Begegnung im Phanar im Zeichen gemeinsamer Herausforderungen für die Kirchen

Istanbul, 10.09.2025 (KAP) Der syrisch-orthodoxe Patriarch Mor Ignatius Afrem II. ist zum Abschluss seines Besuches in der Türkei mit dem orthodoxen Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I., zusammengetroffen, wie der "Pro Oriente"-Informationsdienst berichtete. Afrem hatte die syrisch-orthodoxen Kirchengemeinden und Klöster im Tur Abdin in der Südosttürkei besucht. Schließlich war er weiter nach Istanbul gereist und wurde dort von Patriarch Bartholomaios im Phanar empfangen, wo sich beide laut Meldung des Phanar über gemeinsame gesellschaftspolitische Herausforderungen und eine vertiefte ökumenische Zusammenarbeit austauschten.

Der Patriarch wurde u.a. vom syrisch-orthodoxen Erzbischof von Istanbul, Philoxenus

Yusuf Cetin, begleitet. Die Syrisch-orthodoxe Kirche in Istanbul zählt bis zu 20.000 Gläubige. Es gibt gute ökumenische Beziehungen zu den anderen christlichen Kirchen, einschließlich des Ökumenischen Patriarchats.

Im Tur Abdin in der Südosttürkei, dem Kernland der Syrisch-orthodoxen Kirche, war der Patriarch vor einigen Tagen auch mit einer Salzburger Pro Oriente-Delegation zusammengetroffen. Im Tur Abdin lebten um 1900 noch rund 200.000 Christinnen und Christen. Heute zählt die Syrisch-orthodoxe Kirche vor Ort nur mehr rund 2.500 Gläubige. Umso wichtiger sei der Besuch des Patriarchen gewesen, um die Gemeinden vor Ort zu stärken, hieß es nach der Begegnung.

Franziskaner bestürzt über Lage in Gaza

Heilig-Land-Kustos Ielpo appelliert "an das Gewissen derer, die diese sinnlose Spirale der Gewalt stoppen können, damit sie endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um diesen Krieg und das Leid all seiner Opfer zu beenden"

Jerusalem, 03.09.2025 (KAP/KNA) Der neue Franziskaner-Kustos in Jerusalem, einer der obersten katholischen Repräsentanten der Region, ist be-

stürzt über jüngste Nachrichten zu Zwangsräumungen in Gaza durch Israel. In einem Appell wandte sich Francesco Ielpo am Mittwoch, 3.

September, "an das Gewissen derer, die diese sinnlose Spirale der Gewalt stoppen können, damit sie endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um diesen Krieg und das Leid all seiner Opfer zu beenden".

In seiner Erklärung äußerte er seine tiefe Verbundenheit mit dem Lateinischen und dem Griechisch-Orthodoxen Patriarchat, die mit ihren Priestern und Ordensleuten weiterhin an der Seite der Christen von Gaza stünden. Die Kustodie der Franziskaner, die seit 800 Jahren im direkten Auftrag des Papstes über die christlichen Stätten im Heiligen Land wacht, ist neben dem Lateinischen Patriarchat von Jerusalem die zweite große katholische Kirchenstruktur der Region.

Aktiv in ganz Nahost

Der aus der süditalienischen Region Basilikata stammende Ielpo (65) ist seit Ende Juni neuer

Franziskaner-Kustos im Heiligen Land. Nach seiner Amtseinführung hatte er - wie bei einem Kustos-Wechsel üblich - etliche Umstrukturierungen in seiner Leitung vorgenommen, die derzeit umgesetzt werden. Zur Kustodie gehören rund 250 Ordensleute und Einrichtungen in Israel, den palästinensischen Gebieten, dem Libanon, Syrien, Jordanien, Zypern und Rhodos.

Während das in der Mitte des 19. Jahrhunderts wiederbegründete Lateinische Patriarchat für die direkte Pastoral unter den katholisch-lateinischen Christen in der Region zuständig ist, kümmert sich die Franziskaner-Kustodie um die Verwaltung und die Seelsorge an den heiligen Stätten. Zudem unterhält sie knapp 20 katholische Schulen mit fast 15.000 Schülern, betreut Caritas- und Sozialeinrichtungen und leitet auch einige Pfarrgemeinden im Heiligen Land.

Papst leitet großes ökumenisches Gedenken für moderne Märtyrer

Feier am Sonntag in der römischen Basilika St. Paul vor den Mauern - Im 21. Jahrhundert bereits mehr als 1.600 Christen wegen des Glaubens getötet

Vatikanstadt, 09.09.2025 (KAP) Mit einer großen Feier wollen die christlichen Kirchen an die mehr als 1.600 Christen erinnern, die im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts wegen ihres Glaubens getötet wurden. Wie Vatikansprecher Matteo Bruni in einer Pressekonferenz (8. September) mitteilte, soll die Zeremonie am kommenden Sonntag (14. September) in der römischen Papstbasilika Sankt Paul vor den Mauern unter Leitung von Papst Leo XIV. stattfinden.

Geistliche mehrerer christlicher Kirchen werden daran teilnehmen, darunter auch ein Vertreter des russisch-orthodoxen Patriarchats von Moskau. Unter den aus Glaubensgründen Getöteten sind Angehörige vieler christlicher Kirchen und Konfessionen.

Der italienische Kirchenhistoriker Andrea Riccardi berichtete bei der Vorstellung der geplanten Feier, dass seit dem Jahr 2000 bereits 1.624 Christen im Vatikan namentlich registriert worden seien, die man wegen ihres Glaubens getötet habe. Eine eigene Vatikan-Kommission, die mit der Vatikanbehörde für Heiligprechungen zusammenarbeitet und vom italienischen Erzbischof Fabio Fabene geleitet wird, ist für die Verifizierung der Fälle zuständig.

Laut Riccardi hat sich die "Landschaft der Märtyrer" im Vergleich zum 20. Jahrhundert deutlich verändert. Damals seien die meisten Märtyrer Opfer der Verfolgung durch totalitäre Ideologien wie Nationalsozialismus und Kommunismus gewesen. Im laufenden Jahrhundert seien es oft militante Islamisten oder Angehörige mafiöser Vereinigungen, die Christen töten.

Die meisten Märtyrer in Afrika

Die meisten Opfer von Christenverfolgung seien in Afrika zu beklagen, gefolgt von Asien (mit Ozeanien) und Lateinamerika. Dort würden vor allem Christen getötet, die sich für die Verteidigung der Rechte der Landbevölkerung einsetzen.

In Europa sind laut Vatikan-Erkenntnissen im laufenden Jahrhundert 43 Christen wegen ihres Glaubens getötet worden. Zudem seien 110 aus Europa stammende Missionare und christliche Entwicklungshelfer in anderen Kontinenten umgebracht worden.

Darunter sind laut einer Mitteilung des Märtyrer-Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz, Helmut Moll, auch 14 Deutschsprachige, darunter zwei Österreicher sowie ein Schweizer und ein Südtiroler. Vier der deutsch-

sprachigen Märtyrer wurden im Jemen getötet, zwei in Afghanistan, die übrigen in anderen Ländern. Unter den deutschsprachigen Märty-

rern des 21. Jahrhunderts sind neben katholischen auch mehrere freikirchliche Missionarinnen und Missionare.

H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

Sinai: Dunkle Schatten über dem orthodoxen Katharinenkloster

Im Juni sorgte das Urteil eines ägyptischen Verwaltungsgerichts zu Eigentumsrechten am Katharinenkloster auf dem Sinai für Irritationen und diplomatische Verstimmung - Inzwischen zeigt sich aber: Die Stimmung im Kloster liegt wohl schon seit Jahren danieder - Von Nikolaj Thon (KNA)

Kairo, 09.09.2025 (KAP-ID) "Im Zusammenhang mit der Verlesung eines Schreibens von Erzbischof Damianos vom Sinai bekundete das Ökumenische Patriarchat seine uneingeschränkte Unterstützung für ihn, erkannte ihn als legitimen und kanonischen Erzbischof und Abt an und bekräftigte den jahrhundertealten Status des Heiligen Klosters vom Sinai." - So heißt es in einer Erklärung der Heiligen Synode des Ökumenischen Patriarchats vom 29. August unter Vorsitz von Patriarch Bartholomaios.

Es lässt aufmerken, dass sich die Synode einer anderen autokephalen Kirche überhaupt mit Vorgängen in einer seit 1575 autonomen, allerdings zum Jerusalemer Patriarchat gehörigen Kirche beschäftigt. Seit Monaten steht das Katharinenkloster auf dem Berg Sinai Monaten in den Schlagzeilen. Oftmals widersprüchliche Meldungen und Gerüchte lassen auf beunruhigende Entwicklungen für eine der bedeutendsten Stätten der Christenheit schließen.

Das Katharinenkloster am Sinai, erbaut zwischen 548 und 565 auf Befehl des oströmischen Kaisers Justinian I., ist das älteste kontinuierlich bewohnte christliche Kloster der Welt. Der Tradition zufolge umschließt es den von Moses gesehenen brennenden Dornbusch und trug zuerst nach ihm seinen Namen. Jahrhunderte später wurden die Gebeine der heiligen Katharina von Alexandria in das Kloster gebracht; ihre Reliquien machten es zu einem wichtigen christlichen Wallfahrtsort, sodass das Kloster schließlich nach der Heiligen umbenannt wurde.

Die diesjährige Aufregung um das Sinai-Kloster begann, als vonseiten ägyptischer Behörden angeblich Ansprüche auf Teile des Klosterlandes zur touristischen Nutzung erhoben

wurden und ein Gericht ihnen recht gab. Das Kloster erhielt daraufhin breite kirchliche wie politische internationale Unterstützung, etwa aus Griechenland und auch durch den Ökumenischen Rat der Kirchen. Nun aber zeigt sich, dass es offensichtlich um mehr geht als nur um Landnutzung. Vor allem innerhalb der Klostergemeinschaft scheint bei weitem nicht alles in Ordnung zu sein.

Vorläufiger dramatischer Höhepunkt war eine Videobotschaft des Abtes, Erzbischof Damianos (Samartzes), der sich am 27. August mit der Bitte um Schutz vor Mitbrüdern an Griechenland und Ägypten wandte. Dies dürfte auch der Grund für die oben zitierte Reaktion aus Konstantinopel gewesen sein. Erzbischof Damianos erklärte, nach Zusammenstoßen im Kloster sei sein Leben in Gefahr: "Ich wende mich an Ägypten und Griechenland, mich vor einer möglichen Bedrohung zu schützen."

Der 1935 geborene Erzbischof ist seit über 60 Jahren Mönch am Sinai; seit dem 10. Dezember 1973 ist er Vorsteher des Klosters. Offensichtlich wird er aber nicht mehr von allen Mönchen anerkannt, denn in seinem Videoappell an die ägyptische Regierung fordert er sogar die Behörden auf, die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern sicherzustellen.

Der Abt-Erzbischof beschuldigte "den putschistischen Mönch Isychios Mohamed und den lokalen bewaffneten Geschäftsmann Antonis Kazamias", die örtliche Polizei beeinflusst zu haben. Diese blockierten die Versorgung des Klosters - "trotz der Bemühungen des griechischen Botschafters, der uns unterstützt". Regierungskreise in Athen bestätigten später, dass man in einem offenen Dialog mit dem Erzbi-

schof von Sinai stehe und die Entwicklung aufmerksam verfolge. Dem Erhalt des "Klosters der heiligen Katharina als Heiligtum der Orthodoxie und Denkmal des Weltkulturerbes" messe man höchste Bedeutung zu.

Spät in der folgenden Nacht auf den 28. August gab Erzbischof Damianos eine weitere Erklärung ab, der zufolge er am Nachmittag "mit dem Ziel der Versöhnung und des Dialogs mit der kleinen Gruppe rebellischer Mönche, bewaffnet mit Geduld und väterlicher Liebe" zum Kloster gereist sei. Er habe eine Versammlung verhindern wollen, auf der Mönche ohne seine Zustimmung die Verwaltungsvorschriften des Klosters ändern wollten. Dabei sei es zu Handgreiflichkeiten gekommen; einige Mönche hätten das Kloster verlassen oder seien hinausgeworfen worden.

Die ägyptischen Behörden äußerten sich bisher noch nicht offiziell zur Verschärfung der Lage rund um das Kloster. Unterdessen behaupten die vertriebenen Mönche, dass Polizei und Mitarbeiter der Staatssicherheit, die vor dem Kloster anwesend waren, sich auf ihre Seite gestellt und verlangt hätten, sie hineinzulassen.

Nach diesem Vorfall wurde jedenfalls eine Generalversammlung mit den im Kloster verbliebenen Mönchen abgehalten und eine neue Synaxis gewählt, bestehend aus Porphyrios Kanavakis als Dikaios (Klostervorsteher), Akakios Spanos als Skeuophylax (Sakristan) und Ephraim Provatas als Oikonomos (Klosterverwalter).

Ein völlig anderes Bild zeichnen die oppositionellen Mönche. Auch sie veröffentlichten ein Video der Ereignisse, in dem sie behaupteten, zwölf von ihnen seien gewaltsam außerhalb der Mauern zurückgelassen und gezwungen worden, die Nacht dort zu verbringen: "All dies geschah, obwohl die ägyptische Polizei und Sicherheitskräfte vor dem Kloster eintrafen und die Eindringlinge beharrlich aufforderten, die Tore zu öffnen."

"Rücksichtslose und unverantwortliche" Führung

In ihrem scharf formulierten, auf kathimerini.gr veröffentlichten Brief legen sie ihre Version der jüngsten Ereignisse dar. Zudem kritisieren sie Abt-Erzbischof Damianos für seine jahrzehntelange "autokratische, eigennützige, rücksichtslose und unverantwortliche" Führung. "Jeder Ort hat seine Wunden. Im Sinai trägt diese Wunde seit fünfzig Jahren den Namen "Erzbischof

Damianos"". Er habe "die seit siebzehn Jahrhunderten ununterbrochene Verwaltungsstruktur und Funktionsweise des Klosters" zerstört und es "rechtlich ungeschützt und schutzlos" zurückgelassen.

Die Mönche behaupten sodann, Damianos habe geplant, drei Mönche aus Ägypten auszuweisen, weil sie ihn zur Rechenschaft gezogen hätten. Des Weiteren ist die Rede von angeheueren Schlägern, die das Kloster gestürmt, Mönche angegriffen und Teile des Inventars beschädigt hätten. Der Brief schließt mit den Worten: "Die Geschichte wird Damianos als den tragischen Zerstörer des weltweit historisch bedeutendsten orthodoxen Klosters in Erinnerung behalten. Aber wir (...) werden es bis zum Ende verteidigen und um Kraft beten (...) und um die Heilige Katharina, dass sie uns beschütze (...), denn das Heilige Kloster der Heiligen Katharina ist unser Zuhause, unser Dienst und unsere Mission."

Konflikt um Klostervermögen

Spannungen zwischen dem Abt-Erzbischof, der sich seit längerer Zeit nicht mehr permanent im Kloster aufhielt, und Teilen der Bruderschaft gab es schon länger. Zuletzt kam es aber wohl an den Punkt, an dem das Fass überlief. Dieser Punkt war ein Gesetzentwurf des griechischen Bildungsministeriums, der die Präsenz des Klosters in Griechenland betrifft. Über diese Entwicklung war die Sinai-Bruderschaft wohl von ihrem Erzbischof und Abt nicht informiert worden, wie er es hätte tun müssen, damit die Generalversammlung als oberstes Leitungsgremium des Klosters sie hätte prüfen und genehmigen können. Der ins Parlament eingebrachte Gesetzentwurf sieht unter anderem einschneidende Maßnahmen hinsichtlich der Verwaltung des nicht unbedeutenden Klostervermögens in Griechenland vor.

Als dieser Konflikt vor etlichen Wochen im Kloster virulent wurde, gab es bald auch Versuche der Aussöhnung. Diese begannen am 7. August in Athen mit einem Treffen von Vertretern des Erzbischofs. Dabei wurde Vorwürfe gegen die Mönche, die Position von Erzbischof Damianos und rechtliche Details des Streits diskutiert.

Am 11. und 12. August besuchte eine Delegation des Patriarchats von Jerusalem das Katharinenkloster, um bei der Lösung eines Konflikts zu helfen. Einige Mönche hatten Patriarch Theophilos III. gebeten, Erzbischof Damianos

vom Sinai zu entfernen. Auf dem Sinai traf die Delegation zunächst mit dem Erzbischof zusammen und führte anschließend Gespräche mit den Mönchen, die seine Absetzung gefordert hatten.

Offiziell hieß es anschließend: "In einer Atmosphäre gegenseitigen Respekts, spiritueller Diskretion und tiefem Bewusstsein für die Schwere der Angelegenheit wurden Fragen der Klosterverwaltung und des Klosterbesitzes, der Zusammenarbeit mit den Behörden und der Bewahrung der besonderen Regeln des Klosters erörtert. Die Mönche betonten, dass sie trotz der Meinungsverschiedenheiten die Persönlichkeit des Erzbischofs schätzen."

Alle strittigen Fragen sollten gemäß der Satzung auf der bevorstehenden Generalversammlung geprüft und die Entscheidungen im Geiste der Einheit und unter Einhaltung der Kanones getroffen werden. Am 26. August erklärte denn auch Erzbischof Damianos, das Kloster sei nach einer Krise, die durch einen Konflikt zwischen den Brüdern entstanden war, zur Gesetzmäßigkeit und zum normalen Leben zurückgekehrt. So berichtete es die "Orthodoxia News Agency". An der genannten Generalversammlung konnten allerdings die oppositionellen, sich vor dem Kloster befindenden Mönche nicht teilnehmen. Weswegen der Streit weitergeht.

Am 31. August nun erklärte das Jerusalemer Patriarchat, dass es "die Sinaitische Bruderschaft uneingeschränkt unterstützt und die Rechte der Väter des Heiligen Klosters anerkennt, wie sie in ihren grundlegenden Vorschriften verankert sind und in ihrer jahrhundertalten monastischen Tradition bewahrt werden". Dabei verweist Jerusalem auf seine Jurisdiktion über das Kloster. Falls es zutrifft, dass das Ökumenische Patriarchat Erzbischof Damianos offiziell als rechtmäßiges Oberhaupt des Klosters unterstützt, Jerusalem aber wohl eher die Bruderschaft, hat die Krise möglicherweise schon eine pan-orthodoxe Dimension angenommen.

derschaft uneingeschränkt unterstützt und die Rechte der Väter des Heiligen Klosters anerkennt, wie sie in ihren grundlegenden Vorschriften verankert sind und in ihrer jahrhundertalten monastischen Tradition bewahrt werden". Dabei verweist Jerusalem auf seine Jurisdiktion über das Kloster. Falls es zutrifft, dass das Ökumenische Patriarchat Erzbischof Damianos offiziell als rechtmäßiges Oberhaupt des Klosters unterstützt, Jerusalem aber wohl eher die Bruderschaft, hat die Krise möglicherweise schon eine pan-orthodoxe Dimension angenommen.

Viele offene Fragen

Angesichts der widersprüchlichen Aussagen stellen sich Fragen: Wessen Schilderung ist glaubwürdig? Die der "Rebellen" oder die des Erzbischofs? Wie lange schon geschehen all die Dinge, die die Mönche ihrem Abt vorwerfen? Wie lange schon lebt ihr Abt fernab vom Kloster? Warum gab es nicht schon vorher Proteste? Wer profitiert von diesem Bild der Unruhen in dem vielleicht berühmtesten orthodoxen Kloster der Welt? Geht es doch auch um dessen nicht geringen Besitz in Ägypten, aber auch in Griechenland, und dies schon seit 2012, als das juristische Verfahren um das Land des Klosters begann, bis 2025, als das zweite Gerichtsurteil erging.

Brückenbauer oder Brandstifter - Die Rolle der Kirchen in Konflikten

Wortlaut des Vortrags des Salzburger Ostkirchenexperten und Kirchenhistorikers Prof. Dietmar Winkler bei der Pro Scientia Sommerakademie in Horn (7. September 2025)

St. Pölten, 09.09.2025 (KAP) Die Frage nach Religionen als Brückenbauern oder Brandstiftern in Kriegen und Konflikten beschränke ich heute bewusst auf das Christentum - auch wenn vergleichbare Analysen zu Islam, Judentum oder hindu-nationalistischen Strömungen zweifellos spannend wären. Ich möchte mich aber auf das Christentum konzentrieren und dabei nicht nur die katholische Kirche mit ihrem zum Thema der Pro Scientia Akademie passendem 'obersten Brückenbauer', dem Pontifex Maximus, in den Blick nehmen, sondern ebenso evangelische und orthodoxe Perspektiven berücksichtigen.

Als Ökumeniker sowie Kirchen- und Theologiehistoriker werde ich aus meinen historisch-ökumenischen Zugängen schöpfen. Un-

vermeidlich ist dabei der Blick ins 20. Jahrhundert, das alle christlichen Konfessionen durch tiefgreifende Umbrüche geprägt hat: Zwei Weltkriege, die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Faschismus, die Transformation des Kommunismus in Staaten wie die Sowjetunion, China oder Kuba, der Kalte Krieg und schließlich die neue weltpolitische Ordnung nach dem Niedergang des Eisernen Vorhangs erforderten für alle christliche Konfessionen gleichermaßen enorme Herausforderungen, Neuansätze und Transformationen. - Sie sehen, ich bin schon nach wenigen Minuten beim Thema der nächsten Sommerakademie, falls Sie am Ende dieser Woche das Wort "Brücke" nicht mehr hören können.

1. Die Evangelischen Kirchen, der Weltkirchenrat und die Ökumenische Bewegung

Unter Ökumenischen Bewegung versteht man die Bemühungen christlicher Kirchen verschiedener Konfessionen, aufeinander zuzugehen, Differenzen zu überbrücken und in Glaubensfragen, Gottesdienstpraxis oder sozialem Engagement zusammenzuarbeiten. Ziel ist nicht die Aufhebung der Unterschiede, sondern die Förderung von Einheit und Zusammenarbeit. Dies geschieht etwa durch gemeinsamen Dialog, Gebet oder gemeinsame Projekte. Ein zentrales Prinzip ist die Vorstellung, dass die Kirche Christi über nationale und konfessionelle Grenzen hinweg als Kraft des Friedens und der Versöhnung wirken kann. Kurz gesagt: Die ökumenische Bewegung will Christ:innen verbinden, statt sie zu spalten, und den Glauben gemeinsam wirksam machen - geistlich wie gesellschaftlich - im Bewusstsein der Einheit der Kirche.

Schon im 19. Jahrhundert boten Jugendbewegungen (YMCA, und YWCA), Bibelgesellschaften und die 'Evangelische Allianz' erste Modelle ökumenischer Zusammenarbeit, während Missionsgesellschaften verschiedener Denominationen und katholische Orden das Evangelium weltweit verbreiteten - häufig im Rahmen der kolonialen Expansion europäischer Großmächte in Afrika, Asien, im Fernen Osten und in Ozeanien. Dabei zeigte sich nicht nur die Problematik von Religion und Kolonialismus, sondern zugleich, aus jeweils kirchlicher Sicht, der sogenannte 'Skandal der Trennung' christlicher Kirchen: Die konfessionelle Zersplitterung schwächte die Glaubwürdigkeit des Evangeliums.

Wenn nun Kirchenhistoriker:innen und Theologen:innen vom Beginn der modernen ökumenischen Bewegung sprechen, beginnen sie meist mit diesem Skandal der Trennung der ursprünglich einen Kirche Jesu Christi. Daher sei von Ökumene-Pionieren die erste Weltmissionskonferenz 1910 in Edinburgh einberufen worden. Dort kamen Vertreter der verschiedensten christlichen Konfessionen zusammen, um über Mission zu diskutieren - und es wurde zugleich deutlich, wie unterschiedlich die Ansätze und Perspektiven waren. Gerne wird ein Flussdiagramm gezeigt, das den Zusammenfluss der verschiedenen Bewegungen illustriert, denn aufbauend auf Edinburgh 1910 habe Nathan Söderblom, lutherischer Erzbischof von Uppsala, 1925

nach Stockholm zur ersten Konferenz für 'Praktisches Christentum' zusammengerufen, sowie Charles Henry Brent, Bischof der Amerikanischen Episcopal Church, 1927 die Bewegung von Glaube und Kirchenverfassung ins Leben gerufen. Beide Bewegungen flossen schließlich 1948 in der Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen/Weltkirchenrates (ÖRK/WCC) mit evangelischen und orthodoxen Kirchen zusammen, dem sich 1961 auch die Weltmissionsbewegung und die orthodoxen Kirchen aus dem sowjetischen Machtbereich anschlossen.

Heute hat der Weltkirchenrat mit Sitz in Genf 356 Mitgliedskirchen aus über 120 Ländern, die weltweit mehr als 580 Millionen Christinnen und Christen repräsentieren. Zu den Mitgliedskirchen gehören die anglikanische Gemeinschaft, lutherische, reformierte, methodistische, baptistische, pfingstliche, mennonitische, altkatholische und unabhängige Kirchen sowie die Gemeinschaft der Quäker und Freikirchen sowie die meisten orthodoxen und orientalischothodoxen Kirchen. Die römisch-katholische Kirche ist kein Vollmitglied des Weltkirchenrat, arbeitet jedoch in verschiedenen Bereichen mit dem Rat zusammen.

Es gibt aber auch eine andere Erzählung, die über die binnenchristliche Sicht nach der theologisch aus dem Evangelium heraus begründeten Suche nach Einheit der Kirche Jesu Christi hinausgeht. Damit zurück zu Nathan Söderblom, der 1930 den Friedensnobelpreis erhielt - Warum das? Er war einer der ersten großen Gestalten, die das Christentum im 20. Jahrhundert ausdrücklich als Kraft des Friedens und der Völkerverständigung verstanden. Söderblom war Theologe und Professor für Religionsgeschichte, bevor er Primas der Schwedischen Kirche wurde. Dies geschah zu Beginn des Ersten Weltkriegs, dessen Katastrophe ihn ganz persönlich traf, da er viele Freunde in jenen Ländern besaß, die sich nun im Krieg gegenüberstanden. Er sah, dass die Christenheit im Ersten Weltkrieg gegeneinander betete, sich einander verurteilte und jegliches Zusammengehörigkeitsgefühl verloren hatte. Unter diesem Eindruck versuchte er nach dem Krieg mit der Bewegung "Praktisches Christentum" Zusammenarbeit und Versöhnung zu erreichen. Trotz der Atmosphäre des Misstrauens, die nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles (1919) zwischen Siegern und Besiegten herrschte, gelang es ihm 1925 die erste Weltkon-

ferenz für Praktisches Christentum in Stockholm zusammenzurufen. Dort versammelten sich Vertreter evangelischer, anglikanischer und orthodoxer Kirchen - ein Schritt der Überbrückung der Gegensätze, der für viele damals revolutionär war und die spätere ökumenische Bewegung maßgeblich vorbereitete. Söderblom verband dabei Theologie und Diplomatie mit einer klaren Friedensvision. Er war überzeugt: 'Die Kirche Christi soll ein Werkzeug des Friedens sein unter den Nationen.' Mit dieser Haltung trat er nicht nur für die Einheit der Christen:innen, sondern auch für die Übernahme einer aktiven Friedensverantwortung der Religionen ein - und wurde so zu einem geistlichen Brückenbauer in einer Zeit fundamentaler politischer und gesellschaftlicher Umbrüche.

Seit seiner Gründung vor über 70 Jahren steht der Weltkirchenrat vor ständigen Herausforderungen und Spannungen. Einerseits vereint er Hunderte von Mitgliedskirchen mit unterschiedlichen Traditionen, Theologien und kulturellen Prägungen - was den Dialog über Glaubensfragen und Kirchenverfassungen oft kompliziert macht. Andererseits musste der Rat immer wieder auf politische und gesellschaftliche Krisen reagieren: von Stellvertreterkriegen auf allen Kontinenten über die Apartheid in Südafrika bis hin zu den aktuellen Zerreißproben durch unterschiedliche Positionen zum Krieg in der Ukraine oder in Gaza. Auch aktuelle Menschenrechts- und Umweltfragen schlagen sich theologisch nieder, etwa in der Sozial- und Friedensethik, im Einsatz für Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung - und das, ohne die Einheit der Mitgliedskirchen zu gefährden.

Zusätzlich belasten theologische Differenzen das Miteinander im Weltkirchenrat, etwa im Umgang mit Sakramenten, bei der Frauenordination oder in ethischen Grundsatzfragen (Stichwort LGBTIQ+ etc.). Unterschiedliche Erwartungen an die Rolle des Rates - zwischen traditionell orientierten und progressiven Kirchen - verschärfen diese Spannungen.

Bei der letzten Vollversammlung des Weltkirchenrat im August 2022 in Karlsruhe, die ganz im Schatten des Ukraine-Kriegs stand, kam es zu enormen Spannungen. Die Teilnahme der Russisch-Orthodoxen Kirche stieß bei vielen Mitgliedskirchen auf Kritik. Die Situation eskalierte, als während der Versammlung ein Entwurf für eine Erklärung zum Angriffskrieg auf die Ukraine vorgestellt wurde. Viele forderten

eine klare Verurteilung der russischen Aggression, während die Russisch-Orthodoxe Kirche, das größte Mitglied des Weltkirchenrat, den Angriff theologisch mit der "Russkiy mir"-Lehre rechtfertigte - einer Lehre, die ethnische und kirchliche Identität verschmilzt, allerdings von orthodoxen Theologen anderer Kirchen und auch historisch als Häresie verurteilt wurde. Der Weltkirchenrat konnte die Russkiy mir-Darstellung nicht mit seiner eigenen Haltung von Frieden und Versöhnung in Einklang bringen.

Trotz dieser Spannungen entschied der Weltkirchenrat, die russische Delegation nicht auszuschließen. Generalsekretär Ioan Sauca, ein rumänisch-orthodoxer Theologe, der in diesen Krisenzeiten besonders gefordert ist, betonte, dass der Weltkirchenrat ein Raum für Dialog sei und dass es gerade in schwierigen Zeiten wichtig sei, miteinander zu sprechen. Gleichzeitig bleibt offen, wie der Rat mit den politischen und theologischen Differenzen seiner Mitgliedskirchen umgehen soll.

Seit der russischen Invasion in der Ukraine steht der Weltkirchenrat vor seiner größten Krise seit dem Ende des Kalten Krieges. Der von der Russisch-Orthodoxen Kirche unterstützte "Heilige Krieg" gefährdet die ökumenische Einheit massiv. Angesichts zerstörter Kirchen, gesegneter Waffen und anhaltender Gewalt fordern viele Mitgliedskirchen - vor allem im Westen, aber auch orthodoxe - den Ausschluss der ROC. Der Weltkirchenrat hält sie jedoch am Tisch, um Dialog und Verantwortung zu ermöglichen, und bewegt sich damit zwischen institutioneller Neutralität und moralischer Pflicht.

So scheiterte auch ein Ende 2023 geplantes Treffen zur Versöhnung zwischen russischen und ukrainischen Kirchen in Genf. Kritiker bemängeln zudem, dass der Weltkirchenrat lange einseitig auf die Russisch-Orthodoxe Kirche fokussiert war und in der Ukraine daher kaum Vertrauen genießt.

Westliche protestantische Kirchen und Ostkirchen versuchen im Rahmen des Weltkirchenrates Brücken zu schlagen - und scheitern dabei immer wieder. Dennoch gibt es keine Alternative zum Dialog. Anders als bei der UNO kann die gemeinsame Basis hier auch in theologischen Argumenten gefunden werden: im gemeinsamen Bekenntnis zum Evangelium sowie im Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Allerdings sind die

theologischen Spielräume äußerst heterogen - dies aufgrund unterschiedlicher methodischer und dogmenhermeneutischer Zugänge sowie historisch-kritischer Sichtweisen in den verschiedenen Kirchen.

2. Orthodoxe Kirchen zwischen globaler Verantwortung und Nationalismus

Die orthodoxen Kirchen byzantinischer Tradition sind eine Gemeinschaft selbstständiger, sogenannter autokephaler Kirchen. Sie stehen sakramental in voller Einheit, sind aber rechtlich unabhängig - daher etwa serbisch-, griechisch- oder russisch-orthodox. An ihrer Spitze steht als primus inter pares das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, das koordinierende, aber keine papstähnliche Leitungsfunktion hat.

Die Idee zu einem Kirchenbund, wie es der Weltkirchenrat heute ist, kam übrigens erstmalig vom orthodoxen Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel. Bereits 1902, also noch vor der ersten Weltmissionskonferenz in Edinburgh und lange bevor die römisch-katholische Kirche den Weg zur Ökumene fand, stellte es in einem Rundschreiben die Frage nach den Beziehungen zu Katholiken und Protestanten und sprach damit erstmals die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit den Kirchen des Westens aus. Nach dem Ersten Weltkrieg griff das Ökumenische Patriarchat diese Idee erneut auf und lud alle christlichen Kirchen ein, einen Kirchenbund - eine koinonia ton ekklesion - zu bilden. Mit der Enzyklika von 1920 "An die Kirchen Christi überall" wurde diese epochale Initiative offiziell, die erstmals ein dauerhaftes Organ der Zusammenarbeit zwischen den Kirchen vorsah. Die Argumente für eine koinonia ton ekklesion, die sich vor allem mit sozialen und internationalen Angelegenheiten beschäftigen sollte, berief sich auf den in jenen Tagen entstandenen Völkerbund (koinonia ton ethnon), dem Vorläufer der Vereinten Nationen (UNO).

Die visionäre Enzyklika des Ökumenischen Patriarchats fand - auch mangels Adresslisten aller Kirchen - nur begrenzte Verbreitung. Doch führte das Jahr 1920 die maßgeblichen Ökumene-Pioniere in die Schweiz, wo Erzbischof Söderblom erstmals öffentlich die Gründung eines "Ökumenischen Kirchenrates" anregte. Seine lutherische Initiative verband sich mit den orthodoxen Impulsen aus Konstantinopel.

Zu den Gründungsmitgliedern des Weltkirchenrat gehörten die orthodoxen Kirchen von

Konstantinopel, Griechenland und Zypern sowie das Russische Exarchat in Westeuropa und die rumänisch-orthodoxe Diözese in Amerika. Die übrigen orthodoxen Kirchen im sowjetischen Machtbereich beschlossen nach einer Konsultation in Moskau, sich vorerst nicht an der ökumenischen Bewegung zu beteiligen. Damit spiegelte sich auch im kirchlichen Raum die politische Teilung Europas im beginnenden Kalten Krieg wider. Erst 1961 traten diese orthodoxen Kirchen Russlands, Serbiens, Bulgariens, Rumäniens etc. dem bis dahin protestantisch und anglikanisch dominierten Weltkirchenrat bei - in jenem Aufbruch der 1960er Jahre, der auch das Zweite Vatikanische Konzil hervorbrachte.

Das Ökumenische Patriarchat hat sich im gesamten 20. Jahrhundert als Brückenbauer zwischen den orthodoxen Kirchen und zu den anderen christlichen Konfessionen hervorgetan - und dies stets in äußerst komplexen Kontexten, etwa innerhalb des Einflussbereichs des Warschauer Paktes oder im Nahen Osten. Nach dem Niedergang des Eisernen Vorhangs ist diese Situation noch vielschichtiger geworden.

Dabei muss man berücksichtigen, dass die meisten orthodoxen Kirchen für ihre jeweiligen Gläubigen - Bulgaren, Rumänen, Griechen, Serben, Georgier usw. - eine starke identitätsstiftende Rolle innehaben. Die orthodoxe polyzentrische Ausrichtung und die enge Bindung an die jeweilige Bevölkerung sind zwar positiv zu bewerten, bergen jedoch auch die Gefahr eines latenten Nationalismus, auch wenn dieser Nationalismus von der Gesamtorthodoxie theologisch grundsätzlich abgelehnt wird, da die Botschaft des Evangeliums universell ist.

Im Gegensatz dazu agiert das Ökumenische Patriarchat überregional und universell, da sein eigenes Mutterland- das ehemalige oströmische bzw. byzantinische Reich - historisch klein und großteils muslimisch geworden ist. Der aktuelle Patriarch Bartholomaios ist seit 35 Jahren im Amt und verkörpert diese überregionale Rolle als Vermittler und Brückenbauer. Zudem ist er als "grüner Patriarch" bekannt, weil er die Orthodoxie für Umwelt- und Klimaschutz sensibilisiert und ökologische Verantwortung zu einem festen Bestandteil kirchlichen Handelns macht. Dies aus dem theologischen Bewusstsein der Bewahrung der Schöpfung heraus.

So wird Bartholomaios I. vom 15. bis 25. September 2025 die USA besuchen. Höhepunkte seiner Reise sind ein Treffen mit US-Präsident

Donald Trump, Begegnungen mit Mitgliedern des Kongresses und Vertretern des diplomatischen Korps, Gottesdienste in Washington und New York sowie eine Festrede beim Council on Foreign Relations. Hervorzuheben ist die Ehrung mit dem Templeton-Preis für seinen langjährigen Einsatz für Umweltverantwortung. Die mit rund 1,28 Millionen Euro dotierte Auszeichnung zählt zu den höchstdotierten Ehrungen für Einzelpersonen und wurde unter anderem schon an Mutter Teresa und den Dalai Lama vergeben. Der Patriarch bemühe sich seit 30 Jahren, eine Brücke zwischen wissenschaftlichem und spirituellem Verständnis der Natur zu schlagen, hieß es im Vorfeld der Preisverleihung von Seiten der John Templeton Foundation. Bartholomaios erhalte den Preis dafür, dass er die Sorge um die Umwelt zu einer zentralen Verpflichtung in seiner Rolle als geistlicher Führer gemacht habe. Er habe seine Rolle als Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie genutzt, um Gruppen von Wissenschaftlern, politischen Führern und Geistlichen aus der orthodoxen, katholischen, jüdischen und muslimischen Welt zusammenzubringen.

Dieser überregionalen, friedensstiftenden und in vielen Bereichen vermittelnden Rolle des Ökumenischen Patriarchen stehen allerdings auch andere orthodoxe Erfahrungen gegenüber. So etwa die Rolle der russisch-orthodoxen Kirche im Angriffskrieg gegen die Ukraine oder die serbisch-orthodoxe Kirche in ihrem komplexen Verhältnis zur serbischen Regierung und dem Kosovo.

Serbien-Kosovo

Die aktuell Lage am Westbalkan ist komplex und kann jetzt im Detail natürlich nicht analysiert werden. Hier sollen nur einige wenige Bemerkungen zur serbisch-orthodoxen Kirche folgen.

Mit der Wahl von Patriarch Porfirije im Jahr 2021 verband sich zunächst die Hoffnung auf einen gemäßigten Kurs in den Nationalitätenfragen der Region. Porfirije hatte zuvor als Bischof vielfältige ökumenische Erfahrungen gesammelt: Er war Mitglied einer gemeinsamen Historikerkommission mit dem Vatikan, ein regelmäßiger Gast im ökumenischen Kloster von Bose und pflegte enge Kontakte zur kroatischen katholischen Kirche. Nach seiner Inthronisation setzte er zudem ein bemerkenswertes Signal, als er erklärte: "Ich bin Serbe, aber vor allem bin ich Christ, und das ist ein universaler Wert. Ich werde Christus verkünden und bezeugen. Ich

liebe mein Volk, aber ich liebe und werde alle Völker lieben, jeden Menschen, jedes Bildnis Gottes." Damals schien ein Brückenbauer an die Spitze der serbisch-orthodoxen Kirche getreten zu sein - einer, der nationale Identität nicht verleugnet, sie aber in ein universales christliches Bekenntnis einordnet.

Nun jedoch irritierte ein Besuch in Moskau im April 2025, bei dem Patriarch Porfirije sowohl Patriarch Kyrill als auch Präsident Putin traf. Dabei wurde die orthodoxe Verbundenheit in pathetischen Worten beschworen: Serben und Russen seien "ein Volk, Brüder durch Blut, Kultur und Glauben". Solche Treffen hatten offenkundig nicht nur spirituellen, sondern auch klar politischen Charakter.

Besonders bemerkenswert war Porfirijes Warnung an Putin vor einer vermeintlichen "Farbrevolution" in Serbien. Die anhaltenden Proteste gegen Präsident Vucic deutete er als westlich gesteuert und bat Russland ausdrücklich um Unterstützung - sowohl in der Kosovo-Frage als auch im Hinblick auf die Republika Srpska.

Damit drängt sich die Frage auf, ob die serbisch-orthodoxe Kirche erneut in die Rolle einer ideologischen Stütze eines autoritären Regimes hineinwächst. Porfirije selbst hat den Westbalkan-Friedensprozess in Moskau indirekt delegitimiert, indem er Serbien als "kleines Schiff" im Schutz eines "großen russischen Schiffes" präsentierte. Eine solche Haltung schwächt den interreligiösen und politischen Dialog und unterminiert die ohnehin fragile Stabilität der Region erheblich.

Besonders schwer tut sich die serbisch-orthodoxe Kirche mit dem Thema Kosovo. Warum? Weil das Amselfeld (Kosovo Polje) bis heute ein mythisch aufgeladener Ort ist - für die Kirche ebenso wie für das nationale Selbstverständnis der Serben.

Im mittelalterlichen Serbien lag hier das geistliche Zentrum. In Pec, unweit des Amselfeldes, befindet sich bis heute der Sitz des serbischen Patriarchen. Das dortige Kloster, ein Bauwerk des 13. Jahrhunderts, war über Jahrhunderte die Residenz der Kirchenführung. Von hier gingen nicht nur spirituelle, sondern auch politische Impulse aus - Kirche und Königsmacht standen in enger Symbiose.

Die Schlacht auf dem Amselfeld am 28. Juni 1389 gegen das Osmanische Reich wurde zur symbolischen "Urkatastrophe" der serbi-

schen Geschichte. Militärisch endete sie unentschieden, politisch leitete sie jedoch die osmanische Herrschaft über das serbische Reich ein. In der kirchlichen Erinnerungskultur aber wurde diese Niederlage in einen spirituellen Sieg umgedeutet: Das serbische Volk habe sich, so die Deutung, für das "himmlische Reich" entschieden - die irdische Niederlage wurde zum Akt christlichen Martyriums verklärt und Fürst Lazar wird als Märtyrer dargestellt.

Besonders im 19. und 20. Jahrhundert wurde dieser Mythos politisch aufgeladen. Man interpretierte die Schlacht als einen Opfergang für das christliche Abendland: Serbien habe "als erstes Bollwerk" den osmanischen Vormarsch abgefangen, wodurch Westeuropa Zeit gewann. In diesem Diskurs taucht auch die Klage auf, dass Europa dafür nie Dankbarkeit gezeigt habe.

Dieses Narrativ wurde während der Balkankriege des 19. Jhs., im Ersten Weltkrieg und auch in den 1990er Jahren wiederbelebt - als Argument für serbische Sonderopfer, für den Anspruch auf internationale Solidarität und für den Status als "Leidtragender der Geschichte".

Allerdings ist aus historisch-kritischer Sichtweise darauf hinzuweisen, dass die Vorstellung, Serbien habe "für Europa" gekämpft, eine nachträgliche Konstruktion. Zeitgenössische Quellen aus dem 14. Jahrhundert beschreiben die Schlacht als Teil eines regionalen Machtkampfes, nicht als gesamteuropäischen Religionskrieg. Die Dankbarkeitsforderung gegenüber "dem Westen" ist also ein späteres Element der nationalen Erinnerungskultur. Dabei geht es um die Rechtfertigung von politischen Ansprüchen in Bosnien und Kosovo und die Stärkung des kollektiven Opfermythos gegenüber Westen und internationalen Institutionen. Serbien wird als moralisches Bollwerk gegen Fremdherrschaft heroisiert und der Nationalmythos mit dem orthodoxem Christentum Serbiens verbunden.

Aus dieser Verknüpfung von Patriarchat Pec und Amselfeld entstand ein mächtiger identitätsstiftender Mythos. Der Kosovo gilt seither als "Wiege Serbiens" - nicht nur historisch-politisch, sondern vor allem geistlich. Klöster wie Visoki Deani, Graanica und eben das Patriarchat von Pec zählen heute zum UNESCO-Weltkulturerbe und sind lebendige Zeugnisse dieser Epoche.

Für die serbisch-orthodoxe Kirche ist das Amselfeld bis heute heiliger Boden, an dem Geschichte, Religion und nationale Identität ver-

schmelzen. Jedes Jahr am 28. Juni, dem Vidovdan, wird die Erinnerung an die Schlacht liturgisch erneuert - längst nicht mehr nur als kirchlicher Feiertag, sondern als nationales Symbol, das Vergangenheit, Glauben und politische Ansprüche miteinander verknüpft.

So bezeichnete der Vorgänger des jetzigen serbischen Patriarchen, Patriarch Irinej (2009-2020) im Jahr 2010 die internationale Anerkennung Kosovos als "Sünde". Im Jahr 2018 warnte er vor einer Anerkennung Kosovos: "Wenn Belgrad Kosovo anerkennt, ist es für immer verloren." Sein Lösungsvorschlag des Kosovo-Problems war den Kosovo als Teil Serbiens zu sehen, allerdings mit weitreichender Autonomie.

Sein Nachfolger Patriarch Porfirije zeigt sich bisher patriotisch verwurzelt, aber dialogorientierter. Bei seiner Einführung 2021 erklärte er, Kosovo sei nicht nur Mythos, sondern "Nabelschnur, Wiege und Essenz serbischer Identität". Anfang 2023 verurteilte er jede Form der Abspaltung als inakzeptabel, sprach sich zugleich aber für friedliche Koexistenz aus. In Gracanica sagte er im Juni 2023: "Kosovo ist heiliger Boden, auf dem für jeden Raum ist - unabhängig von Gebet und Herkunft." Und im Frühjahr 2024 stellte er klar, die Kirche könne nicht Teil politischer Verhandlungen sein, fordere aber internationalen Schutz für Religionsfreiheit und serbische Heiligtümer.

Vor diesem Hintergrund sind seine jüngsten Aussagen in Moskau schwer einzuordnen. Wollte Porfirije lediglich die Bande zur traditionell verbündeten russisch-orthodoxen Kirche pflegen - oder bleibt ihm angesichts der politischen Lage schlicht keine andere Wahl? Seine Worte lassen sich von mehreren Seiten deuten: als Versuch einer Brücke nach Moskau oder als Ausdruck fehlender Handlungsfreiheit.

Russland - Ukraine

Im Zuge der EU-Sanktionen gegen Russland erzwang die EU erstmals in ihrer Geschichte, auch das Vermögen eines hohen Geistlichen einzufrieren: jenes des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I. - es scheiterte an Viktor Orban. Der Widerstand Ungarns führte wegen der notwendigen Einstimmigkeit zum vorerstigen Verzicht der EU-Staaten auf Sanktionen gegen den Patriarchen.

Patriarch Kyrill, ein enger Vertrauter Wladimir Putins gilt als religiöses Sprachrohr des Kreml und unterstützt offen den Angriffs-

krieg gegen die Ukraine. Schon lange vor Kriegsbeginn pflegte Kyrill ein enges Bündnis mit Putin, das auf der alten byzantinischen Idee der "Symphonie von Staat und Kirche" fußt: Politik und Religion legitimieren sich gegenseitig und verstärken gemeinsam ihre Macht.

Die russisch-orthodoxe Kirche, nach den schweren Verfolgungen im Sowjetstaat seit den 1990er-Jahren wiedererstarkt, gewann unter Kyrill (seit 2009) großen Einfluss. International stieß Kyrills Kurs auf scharfe Kritik: Papst Franziskus und der Weltkirchenrat appellierten an ihn, sich gegen den Krieg zu stellen - vergeblich. Stattdessen übernahm er die Argumentationsmuster Putins: NATO-Expansion, angebliche Umerziehung der Ukrainer und Bedrohung Russlands durch den Westen. Diese Positionierung verstärkt die Isolation der russischen Kirche.

Ein Kernkonflikt liegt in der Ukraine selbst. Seit 2018 besitzt die Orthodoxe Kirche der Ukraine Autokephalie, anerkannt durch den Patriarchen von Konstantinopel - gegen Moskaus erbitterten Widerstand. Die russische Kirche beansprucht die Ukraine jedoch weiterhin als ihr "kanonisches Territorium", gestützt auf die Erzählung einer sakralen Einheit von Russland, Belarus und Ukraine seit der Taufe der Kiewer Rus. Diese historische Mythisierung dient heute als religiöse Legitimierung für Putins imperialen Anspruch.

Die Kiewer Rus war ein mittelalterliches Großreich und gilt als Vorgänger von Russland, der Ukraine und Belarus. Im 10. Jahrhundert übernahm sie das Christentum aus Byzanz: 988 ließ sich Fürst Wladimir der Große taufen und ordnete die Christianisierung seines Volkes an. Kiew entwickelte sich bis ins 13. Jahrhundert zu einem politischen, religiösen und kulturellen Zentrum. Der Metropolit von Kiew, meist ein Grieche, wurde jeweils vom Patriarchen von Konstantinopel eingesetzt.

1240 zerstörten die Mongolen die Stadt, viele Einwohner flohen nach Norden, wo Moskau ab dem 14. Jahrhundert aufstieg. In diesem Zuge verlagerte auch der Metropolit seinen Sitz dorthin. 1448 wählte die russische Kirche erstmals ohne Zustimmung Konstantinopels ihren eigenen Metropoliten und erklärte sich damit faktisch für autokephal. Nach dem Fall Konstantinopels 1453 erhob sich Moskau zudem zum "Dritten Rom": Rom sei abgefallen, Byzanz untergegangen - nun liege die Bewahrung des wahren

Glaubens bei Russland. Mit dem Zar sah man auch das Erbe des römischen Kaisertums fortgeführt. 1589 erkannte schließlich auch das Patriarchat von Konstantinopel das "Patriarchat von Moskau und der ganzen Rus" offiziell als autokephal an.

Während das Ökumenische Patriarchat sich nach wie vor als Mutterkirche der Ukraine und Russlands sieht, die auch dem Moskauer Patriarchat die Autokephalie gewährte, betont die russische Kirche, dass sie nunmehr für das gesamte Territorium der ehemaligen Kiewer Rus zuständig sei.

Die ideologische Verflechtung von Politik und Kirche zeigt sich auch im Kulturkampf gegen den Westen: Patriarch Kyrill propagiert traditionelle Familienwerte, verurteilen Liberalismus und Homosexualität und stellen die russische Gesellschaft als Bollwerk gegen einen angeblich dekadenten Westen dar. Patriarch Kyrill hat die russisch-orthodoxe Kirche in eine gefährliche Abhängigkeit vom Kreml geführt. Die enge Allianz zwischen Religion und Macht stärkt Putins ideologische Legitimation, schwächt aber die Glaubwürdigkeit und Einheit der Orthodoxie - und hinterlässt inmitten des Krieges eine zutiefst gesplante Kirche.

3. Die Katholische Kirche und ihr Pontifex Maximus

Im 20. Jahrhundert musste sich die Katholische Kirche angesichts erheblicher Macht- und Territorialverluste neu orientieren. Mit den Lateranverträgen von 1929 erkannte Italien die Souveränität des Vatikanstaates an, während der Papst auf weltliche Herrschaft verzichtete. Die Päpste sahen sich jedoch weiterhin als globale Hirten des gesamten Christentums, gestützt auf das I. Vatikanische Konzil von 1870, das den universalen Jurisdiktionsprimat und die Unfehlbarkeit des Papstes definierte. Ökumene hieß für die Katholische Kirche, dass die Christenheit sich mit dem sichtbaren Haupt der Kirche, dem Papst, wiedervereinigten.

Deshalb nahm die Kirche zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht aktiv an der ökumenischen Bewegung der evangelischen und orthodoxen Kirchen teil, obwohl auch ihr Kircheneinheitsverständnis zunehmend offen für den Dialog mit anderen Kirchen wurde. Diese Haltung prägte die Päpste bis hin zu Johannes XXIII. und dem Zweiten Vatikanischen Konzil.

Das Zweite Vatikanische Konzil markierte einen Wendepunkt in den Beziehungen zu den anderen christlichen Kirchen, im interreligiösen Dialog und im Verhältnis zu Nicht-Gläubigen. Gleichzeitig trat der Vatikan - nunmehr als machtloser Kleinstaat - auf die internationale Bühne und nahm nicht selten eine globale Vermittlerrolle in politischen und diplomatischen Fragen ein.

Die weltweit ausgestrahlten Bilder vom Begräbnis von Papst Franziskus waren bemerkenswert. Seit Papst Paul VI., d.h. seit 1963 ist der Papst auch ein Medienereignis, lebendig oder tot. Im leeren Petersdom erwiesen Präsidenten und Staatsoberhäupter Franziskus die letzte Ehre. Nur wenige Schritte entfernt wurden US-Präsident Donald Trump, und dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij mit stillem vatikanischem Understatement zwei Stühle gebracht - noch bevor sie sich setzen konnten, erschien auch Frankreichs Präsident Macron, der Präsident der einzigen Atommacht in der EU.

Selbst nach seinem Tod vermittelte der Pontifex Präsenz und Einfluss. Besonders eindrucksvoll war das ikonische Bild des schlichten Sarges, allein vor der Weite der Peterskirche, mit dem Evangelium bedeckt, während Staatschefs, Kanzler und Vertreter unterschiedlichster Länder - christlich oder nicht - ihm die letzte Ehre erwiesen. Warum diese internationale Aufmerksamkeit? Franziskus war ein Mann, der gegen Mauern eintrat, für Frieden kämpfte und sich für Arme, Gefangene und Benachteiligte engagierte - ein Symbol für humanitäres Handeln und ein Stachel in der Politik vieler Staaten, die beim Begräbnis anwesend waren.

Wer die heutige Rolle des Vatikans in der internationalen Politik verstehen will, muss bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil und zur Rede Pauls VI. vor der UNO im Jahr 1965 zurückblicken. Beides markierte einen entscheidenden Wendepunkt. Auf dem Konzil wurde die Hinwendung der Kirche zur Welt nicht nur seelsorgerisch, sondern auch theologisch und politisch begründet. Paul VI., der am 4. Oktober 1965 als erster Papst vor der UNO sprach, machte dabei deutlich, dass die katholische Kirche bereit war, diesen Lernprozess als global vernetzte und positionierte Institution aktiv zu begleiten. Damit vollzog die päpstliche Diplomatie konzeptionell eine Hinwendung zur Welt, aus dem II. Vatika-

nischen Konzil heraus, das das Grundsatzprogramm hierfür lieferte.

Diese Hinwendung lässt sich nur dann vollständig verstehen, wenn man die zugrundeliegende Theologie berücksichtigt, wie sie in den Konzilsdokumenten entfaltet wurde - etwa in *Gaudium et Spes*, das die Rolle der Kirche in der Welt beschreibt, in *Unitatis Redintegratio*, das den ökumenischen Dialog mit den anderen christlichen Kirchen eröffnet, in *Nostra Aetate*, das den Dialog mit dem Judentum und den Religionen der Welt fördert, oder in *Dignitatis Humanae*, das die Würde des Menschen und die Rechte der Person betont.

Hinter diesem theologischen Programm, das für die päpstliche Diplomatie von grundlegender Bedeutung blieb, eröffnete sich zugleich eine neue Sicht auf die Herausforderungen des Kalten Krieges. Themen wie die Bewahrung der Schöpfung, deren Existenz durch das atomare Wettrüsten der bipolaren Supermächte erstmals in der Geschichte der Menschheit bedroht war, das Ringen um Frieden und seine Sicherung sowie der Dialog mit Kirchen, Religionen und der Welt gewannen eine neue Dynamik.

Mit seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen trat Papst Paul VI. als Anwalt des Friedens auf und stellte den Vatikan zugleich als Brückenbauer zwischen Völkern und politischen Systemen dar - über ideologische Grenzen hinweg. Dieses Signal hatte weitreichende Bedeutung: Die Phase diplomatischer Isolation fand ihr Ende, und die Weltgemeinschaft begann, den Heiligen Stuhl als ernstzunehmenden Vermittler wahrzunehmen. Paul VI. steuerte den Vatikan bewusst in die Strömungen des Kalten Krieges und positionierte ihn darin neu, bis hin zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags und der aktiven Teilnahme am KSZE-Prozess.

Dieser Schritt hatte eine Vorgeschichte. Nach dem Verlust der territorialen Macht versuchte das Papsttum wieder deutlicher auf der internationalen Bühne wahrgenommen zu werden. Die drei Päpste vom Ersten Weltkrieg bis zum Zweiten Vatikanum verfolgten unterschiedliche Strategien: Benedikt XV. und Pius XI. suchten gezielt die Rückkehr zu weltpolitischem Einfluss, während Pius XII. die vatikanische Diplomatie im Zeichen des Antikommunismus prägte. Eng mit den westlichen Demokratien verbunden, verstand er die Kirche als Bollwerk gegen den Ostblock. Gleichzeitig blieb seine Haltung ambivalent: Internationale Organisationen

schloss er nicht grundsätzlich aus, die Menschenrechtserklärung von 1948 lehnte er jedoch ab, weil er darin eine Relativierung kirchlicher Autorität sah.

Zwei Herausforderungen gewannen dabei besondere Bedeutung: Zum einen der Umgang mit ausdrücklich religionsfeindlichen Regimen, wie sie ab 1917 in Sowjetrußland und nach 1945 im Ostblock entstanden. Zum anderen die wachsende Bedrohung durch Krieg und Zerstörung, die nach dem Ersten Weltkrieg denkbar, im Zweiten Weltkrieg erlebbar und im Atomzeitalter zu einem existenziellen Risiko wurde. Nach 1945 mussten beide Linien zusammengeführt werden. Sie führten zur Einsicht, dass die globale Systemkonkurrenz des Kalten Krieges ein beispielloses (Selbst-)Vernichtungspotenzial in sich barg - und öffneten damit zugleich einen neuen theologischen Horizont: Frieden wurde nicht nur politisch, sondern kosmisch verstanden, als Aufgabe der Bewahrung der Schöpfung.

Vor diesem Hintergrund wandelte sich die vatikanische Diplomatie. Aus einer eher reaktiven Haltung wurde Schritt für Schritt eine aktive Teilnahme an internationalen Foren. Schon ab 1957, zwölf Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki, war der Heilige Stuhl etwa in der Internationalen Atomenergiebehörde vertreten. Zunächst zögerlich, dann aber immer entschlossener, nahm die Kirche an globalen Debatten teil. Sie verstand sich zunehmend als weltweite Institution, die ethisch normative Ansprüche erhob, aber dennoch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Akteuren zeigte.

Johannes XXIII., der Papst, der 1962 das Zweite Vatikanische Konzil einberief, war zuvor vatikanischer Diplomat in Bulgarien, der Türkei - wo er Kontakte zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel hatte - und in Frankreich. Aus diesen Erfahrungen heraus prägte er die Kirche durch drei Leitlinien: ein Geschichtsverständnis, das bleibende Glaubensinhalte von wandelbaren Verkündigungsformeln unterschied (er war Kirchenhistoriker, nicht Dogmatiker), eine neue Selbstreflexion als *ecclesia semper reformanda* und eine pastorale Offenheit im Dialog mit Welt, Konfessionen und Staaten. Damit brach er mit der nachtridentinischen und antimodernistischen Tradition und öffnete die Kirche für die "Zeichen der Zeit".

Der Blick gegen Osten war zur Zeit des Kalten Krieges wesentlich: mehr als 51 Millionen Katholiken lebten nach dem Zweiten Weltkrieg in den kommunistischen Staaten und damit im sowjetischen Machtbereich. 1963 markierte die Friedenszyklika *Pacem in Terris* eine Wende in der vatikanischen Ostpolitik. Papst Johannes XXIII. richtete sich damit an alle Menschen, forderte Schutz der Schöpfung und differenzierte zwischen den Irrtümern des Sozialismus und den Menschen dahinter. Das Schreiben löste im Ostblock erstmals ernsthafte Auseinandersetzungen mit der Kirche aus und wurde zu einer wichtigen Grundlage für Dialog über Frieden und Abrüstung. Eine Enzyklika, die auch die Kommunisten lasen.

Neben den Päpsten wurde die vatikanische Außenpolitik entscheidend von Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli geprägt, unterstützt durch die offiziellen ökumenischen Beziehungen des Päpstlichen Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen unter dem deutschen Kurienkardinal Augustin Bea. Auf inoffizieller Ebene spielte der Wiener Erzbischof, Kardinal Franz König, genialer Netzwerker und Gründer der Stiftung Pro Oriente in Wien, eine zentrale Rolle. König war der einzige Kurienkardinal, der außerhalb der Kurie wirkte, leitete nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil das Sekretariat für die Nicht-Glaubenden und begleitete die Beziehungen zu atheistischen Regimen weltweit. Wien wurde so zu einer Vermittlerdrehscheibe mit den kommunistischen Staaten, während Pro Oriente inoffizielle Pionierarbeit im Verhältnis zum christlichen Osten hinter dem Eisernen Vorhang leistete - und bis heute wirkt.

In den Augen der Öffentlichkeit ist das Pontifikat Johannes Paul II. im Kalten Krieg und beim Niedergang des Eisernen Vorhangs das Wirkmächtigste. Allerdings konnte dieser auf den Grundlagen seiner Vorgänger aufbauen. Er intensivierte die vatikanische Ostpolitik aus seiner Perspektive als Papst "aus dem Osten". Er entwickelte die von Johannes XXIII. und Paul VI. geprägte Öffnung der Kirche weiter, stützte sich auf den Nimbus der moralischen Großmacht des Heiligen Stuhls und nutzte systematisch die Medien, um seine Botschaft weltweit sichtbar zu machen. Seine erste Reise 1979 nach Polen, begleitet von 1,2 Millionen Menschen, zeigte die politische Wirkung seiner Präsenz: Öffentlichkeitswirksamkeit und mediengestützte Kommunikation wurden zentrale Instrumente seines

Pontifikats, mit denen er den traditionellen, kurienzentrierten Diplomatienstil ablöste und die Vatikanpolitik gegenüber dem Ostblock und die Staaten des Warschauer Paktes neu ausrichtete.

Eine Begegnung mit dem russisch-orthodoxen Patriarchen gelang ihm nicht, insbesondere weil er aus Polen stammte. Hoffnungen setzte man daher auf den nachfolgenden deutschen Papst Benedikt XVI. Doch dieser war zwar ein theologischer Genius und Denker, politisch jedoch zurückhaltend und eher vorsichtig, fast ängstlich. Demgemäß konzentrierte sich seine Ostpolitik auf den theologischen ökumenischen Dialog mit den orthodoxen Kirchen und auf den Schutz katholischer Minderheiten in ehemals kommunistischen Staaten. Politische Direktwirkung und mediale Inszenierung spielten dabei kaum eine Rolle; die Strategie war stärker kirchenintern, theologisch und institutionell verankert.

Papst Franziskus setzte die von Paul VI. begründete Linie der vatikanischen Ostpolitik fort und interpretiert sie auf unkonventionelle Weise neu. So gelang ihm das historische Treffen mit Patriarch Kyrill nicht an den traditionellen Orten Moskau oder Rom, sondern - gleichsam auf der Durchreise - 2016 in Kuba. Da war die Krim bereits annektiert. Unermüdlich mahnte Franziskus Frieden und Versöhnung ein, etwa im direkten Online-Gesprächen mit Kyrill nach dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022.

Er machte deutlich, womit sich besonders konservative Kräfte schwertaten: Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil vollzog die Kirche einen tiefgreifenden epistemologischen und ekklesiologischen Wandel. Sie verstand sich nicht länger als abgeschlossene *societas perfecta*, sondern als Akteurin im sozialen und politischen Raum. Das Konzil brach mit alten Exklusivismen und positionierte den Vatikan über den Blöcken - mit einer friedensethischen Diplomatie, die ihn im Kalten Krieg zu einem glaubwürdigen Vermittler machte. Kritik, etwa an Papst Franziskus' vorsichtiger Wortwahl gegenüber Russland im Ukrainekrieg, lässt sich nur vor diesem historischen Hintergrund angemessen einordnen.

Hier ist aber auch zugleich die Problematik vatikanischer Brückenfunktion aufzuzeigen,

die abschließend auf zwei Punkte kondensiert werden soll:

(1) Ein Dilemma der vatikanischen Weltpolitik zeigt sich darin, dass man den Anspruch hat, neutrale Vermittler mit besonderer globaler moralischer Autorität zu sein, andererseits aber unweigerlich Partei ergreift. Die Geschichte der Katholischen Kirche als Kirche des Weströmischen Reiches bringt es mit sich, dass man auf der Seite des Westens und seiner Werte steht, die die Katholische Kirche selbst grundlegend prägte. Der Heilige Stuhl sieht diese als göttlich gegeben, überzeitlich und universell, gültig sowohl für den Osten als auch für den Westen.

(2) Zweitens zeigen sich nach dem Ende des Eisernen Vorhangs Schwierigkeiten im Umgang mit der politischen Neuordnung. Die Polyzentrik und Multilateralität der Welt werden noch nicht erkannt. Die Päpste dachten weiterhin in bipolaren Mustern; dies war leichter, da der Konflikt strukturiert war. Johannes Paul II. kam etwa nicht damit zurecht und verstand nicht, dass sich die polnische Bevölkerung nach dem Ende des Kommunismus nicht automatisch der Katholischen Kirche zuwandte, die sie in ihrem Kampf um Freiheit so massiv unterstützte. Hinzu kommen heute Glaubwürdigkeitsverluste durch Missbrauchsskandale, die das moralische Gewicht der Institution schwächen, und wenn sich die Katholische Kirche zu sehr auf interne Probleme konzentriert, statt gemäß dem Zweiten Vatikanischen Konzil den Dialog mit der Welt und den Religionen zu suchen.

Christliche Konfessionen sind weder per se Brückenbauer noch automatisch Brandstifter. Ihr Einfluss auf Kriege und Konflikte hängt stets vom historischen, politischen und kulturellen Kontext ab, in dem sie agieren, sowie von der Auslegung theologischer Prinzipien. Evangelische, orthodoxe und katholische Kirchen haben sowohl Impulse zur Versöhnung und Friedensstiftung gegeben als auch nationale oder politische Interessen unterstützt. Brückenbau ist möglich, aber nie garantiert - die Spannungen zwischen universaler moralischer Verantwortung und politischer Parteinahme bestehen fort, ebenso die Versuchung, Religion zu instrumentalisieren.

"Respekt vor der Schöpfung und dem Menschen"

Wortlaut des Hirtenbriefs von Patriarch Bartholomaios I. zum Tag der Bewahrung der Schöpfung

Istanbul, 01.09.2025 (KAP) Bartholomaios, durch Gottes Erbarmen Erzbischof von Konstantinopel, dem Neuen Rom, und Ökumenischer Patriarch dem ganzen Volk der Kirche Gnade und Friede von dem Schöpfer der Welt, unserem Herrn, Gott und Erlöser Jesus Christus.

Verehrte Brüder im Bischofsamt, im Herrn gesegnete Kinder, durch die Gnade Gottes, der uns alles gewährt, treten wir heute in das neue Kirchenjahr ein und preisen seinen himmlischen Namen, dass die Initiativen seiner Heiligen Großen Kirche für die Bewahrung der Schöpfung weiterhin ungebrochen Frucht tragen. Das Ökumenische Patriarchat hat nicht nur frühzeitig auf den Umfang der Umweltprobleme hingewiesen, sondern auch auf ihre Ursachen, ihre inneren, spirituellen und moralischen Ursprünge aufmerksam gemacht und Lösungen auf der Grundlage des orthodoxen eucharistischen und asketischen Ethos vorgeschlagen.

Die Orthodoxie als Glaube, Gottesdienst und Zeugnis in der Welt ist die umweltfreundliche Form des Christentums. In diesem Sinne war die Ausrufung des Festes der Indiktion als Gebetstag für die Bewahrung der natürlichen Umwelt nicht bloß eine Reaktion auf die gegenwärtige ökologische Krise, sondern Konsequenz und Fortführung des kirchlichen Lebens als "angewandte Ökologie". Von Anfang an haben wir auch die Untrennbarkeit des Respekts vor der Schöpfung und dem Menschen verkündet und auf die gemeinsame Wurzel und Verschränkung der ökologischen und sozialen Probleme hingewiesen. Die Trennung von Gott führt zu einer besitzergreifenden und ausbeuterischen Haltung und Verhaltensweise gegenüber der Schöpfung und den Mitmenschen, während das Leben in Christus und nach Christus Quelle von Umweltbewusstsein und philanthropischem Handeln ist. Nach dem Wort des Herrn: "Jeder gute Baum bringt gute Früchte hervor, ein schlechter Baum aber schlechte. Ein guter Baum kann keine schlechten Früchte hervorbringen und ein schlechter Baum keine guten" (Mt 7,17-18).

Der Respekt vor den spirituellen Werten schärft unseren Sinn für das Gute und Gebotene. Gleichgültigkeit gegenüber der Transzendenz und der daraus resultierende "Anthropomomis-

mus" führen dazu, dass der Mensch im Irdischen gefangen ist und seine Freiheit auf pragmatische Entscheidungen beschränkt bleibt, die stets mit oberflächlichen Sichtweisen und der Gleichsetzung des Guten mit dem "gelegentlich Nützlichen" verbunden sind. Der aktuelle Diskurs über "ökologische Umkehr" ruft nicht nur zur Buße für die angerichteten ökologischen Schäden und zu einem radikalen Wandel der Mentalität und des Verhaltens gegenüber der Schöpfung auf, sondern verweist auch auf die Notwendigkeit, die irri- ge Position zu überwinden, welche die für die natürliche Umwelt zerstörerische "Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft" als einzigen Weg zur Entwicklung vertritt und den naiven Glauben an die Fähigkeit der Natur nährt, sich dauerhaft zu regenerieren trotz der anthropogenen Belastungen, wie dem sich verschärfenden Klimawandel und seinen destruktiven Auswirkungen auf den Planeten. Hinzu kommen heute das laute Kriegsgeschrei, die Bombenangriffe, die Raketen und Explosionen, welche die Stimme der unschuldigen Opfer gnadenloser Gewalt und das Stöhnen der Schöpfung übertönen. Die Zukunft des Lebens auf unserem Planeten wird entweder ökologisch und friedlich sein oder nicht existieren.

Das Ökumenische Patriarchat wird neben seinem Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität auch weiterhin eine wichtige Rolle im Naturschutz führen, das ökologische Problem als zentrales Thema des interchristlichen und interreligiösen Dialogs hervorheben und die Bedeutung christlicher umweltfreundlicher Prinzipien und Traditionen im Rahmen internationaler Institutionen, ökologischer Organisationen, wissenschaftlicher Stiftungen und der Zivilgesellschaft vertreten. Wir sind überzeugt, dass die Zusammenarbeit im Bereich der Ökologie das gemeinsame Verantwortungs- bewusstsein für den Weg in die Zukunft stärkt und neue positive Perspektiven schafft.

Wir kommen zurück auf eine frühere Botschaft unserer Wenigkeit und rufen die Diözesen der Mutterkirche in der ganzen Welt, die Kirchengemeinden und Klöster erneut dazu auf, koordinierte Aktionen und konkrete Interventionen zur Mobilisierung der Gläubigen zu ent-

wickeln, wobei der Schwerpunkt auf der Ausbildung der neuen Generation liegen sollte. Die Anwendung der ökologischen Konsequenzen unseres Glaubens in der Praxis stellt eine entscheidende Dimension unserer orthodoxen Identität dar.

In diesem Geist wünschen wir Ihnen ein friedliches und reiches in guten und gottgefälligen Werken neues Kirchenjahr. Wir rufen die Kinder der Heiligen Großen Kirche Christi auf der ganzen Welt auf, umweltfreundlich und geschwisterlich zu leben, für die Schöpfung und den Frieden zu beten, sich für die Bewahrung

der natürlichen Umwelt und Nachhaltigkeit einzusetzen und für die Etablierung einer Kultur der Solidarität zu arbeiten. Durch die Fürsprache und den Schutz der Allerheiligsten "Pammakaristos" Gottesgebälerin erleben wir die lebenspendende Gnade und das große Erbarmen des allmächtigen Schöpfers aller Dinge und allgütigen Gottes der Liebe.

Gesegnetes Kirchenjahr, Brüder und Kinder im Herrn! 1. September 2025, Patriarch Bartholomaios von Konstantinopel, Euer aller inständiger Fürbitter.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klिंगen, Franziska Libisch-Lehner, Jutta Steiner, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 5283 – 1337 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer Capital Bank AG Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	